

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

37. Sitzung vom 25. November 2013 von 18.00 bis 22.35 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat von 18.00 bis 18.15 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrates: 34
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 23

Einwohnerrat von 18.15 bis 18.38 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Einwohnerrat von 18.38 bis 18.50 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Einwohnerrat von 18.50 bis 21.36 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Einwohnerrat von 21.36 bis 22.35 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann

Matthias Jauslin, Vizeammann

Paul Huwiler, Gemeinderat

Urs Kuhn, Gemeinderat

Bruno Breitschmid, Gemeinderat

Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber

Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste

Nicole Imfeld, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt

René Bossert, Bereichsleiter EDV

Peter Eberhart, Abt. Planung, Bau und Umwelt

Entschuldigungen

Arsène Perroud, Gemeinderat

Franz Wille, CVP (anwesend ab 18.15 Uhr)

Stephan Suter, SP (anwesend ab 18.38 Uhr)

Andrea Duschén, GLP (anwesend ab 18.50 Uhr)

Alex Stirnemann, SP, (abwesend ab 21.36 Uhr)

Oliver Degischer, SVP

Daniel Angst, FDP

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 12144 Stellenausbau im Bereich Informatik
3. Bericht und Antrag 12141 Stellenausbau bei den Sozialen Diensten
4. Bericht und Antrag 12142 Stellenausbau bei den Sozialen Diensten – SVA Zweigstelle
5. Bericht und Antrag 12143 Stellenausbau bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt
6. Bericht und Antrag 12147 Kenntnisnahme Machbarkeitsstudie "Entwicklung Bahnhof Wohlen" und Kostenbeteiligung an Personenunterführung
7. Bericht und Antrag 12148
 - Genehmigung Reglement über die Sicherung und den Unterhalt der subventionierten Meliorationswerke im Gemeindegebiet (Unterhaltsreglement)
 - Aufhebung Reglement Unterhalt der von der Gemeinde übernommenen gemeinsamen Bodenverbesserungsanlage
8. Bericht und Antrag 12134 Kreditabrechnung Gemeindeanteil Ausbau Knoten Halde-Bremgarterstrasse K127
9. Bericht und Antrag 12135 Kreditabrechnung Gemeindeanteil für die Umgestaltung des Knotens Angliker-/Nutzenbachstrasse K266/K265 (Kreisel Anglikon), Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Anglikon
10. Bericht und Antrag 12136 Kreditabrechnung TOOL BOX, Partnerschaftsprojekt der Gemeinden Wohlen - Villmergen - Dottikon – Dintikon
11. Bericht und Antrag 12138 Kreditabrechnung
 - HPS Wohlen: Planungskredit Erweiterung bis und mit Bauprojekt und Kostenvorschlag
 - HPS Wohlen: Baukredit für Erweiterung und Umbau
12. Bericht und Antrag 12139 Kreditabrechnung Sanierung Kanalisationsleitung Dammweg

Spörri Marlis, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 4. November 2013 zu verzeichnen:

- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 25. November 2013
- Sitzungsdaten des Einwohnerrates 2014
- Einladung zum 12. Wohler Wirtschaftstreffen vom 11. Dezember 2013
- Bericht und Antrag 12149 Ordentliche Einbürgerungen
- Revisionsbericht der Sanierung der Heizanlage in der Schulanlage Junkholz (Bericht und Antrag 12137)
- Anlässe der Musikschule „Musical Lights 2013“
- Protokoll des Einwohnerrates vom 25. Februar 2013
- Protokoll des Einwohnerrates vom 25. März 2013

Mitteilungen:

Die Präsidentin spricht ihre Gratulation den wieder- und neugewählten Einwohnerräten aus.

Rücktritt aus dem Einwohnerrat

Die Präsidentin verliest das Rücktrittsschreiben von Einwohnerrat und FIKO-Präsident Daniel Angst.

Daniel Angst wurde im Mai 2012 als Mitglied in die Finanzkommission gewählt. Einen Monat später wurde er als Nachfolger von Kurt Neeser als Einwohnerrat in Pflicht genommen. An derselben Sitzung wählte ihn der Einwohnerrat auch zum Präsidenten der FIKO. Heute, ein- einhalb Jahre später, zieht er von Wohlen weg und tritt deshalb aus dem Einwohnerrat zurück. Ich danke ihm, auch im Namen des Einwohnerrates, für sein Engagement in dieser Zeit und wünsche ihm alles Gute für seine weitere Zukunft.

Fraktionserklärung

Brunner Edwin, SVP: An der heutigen Sitzung müssen wir über fünf neue Stellen befinden. Es geht um die Frage, ob wir unser Budget mit Mehrausgaben von jährlich CHF 500'000.00 belasten wollen oder nicht. Der Wahlkampf um die Einwohnerratswahlen sowie der Abstimmungskampf um das Budget sind vorbei, und die SVP hofft, dass bei der einen oder anderen Partei wieder die Vernunft obsiegen wird. Das Budget 2014 wurde hochkant abgelehnt und damit müssen die Ausgaben endlich kleiner werden.

Neu zu besetzende Stellen, die nicht einmal im Budget 2014 enthalten sind, haben mit den vielgepriesenen Investitionen nichts zu tun. Die neuen Stellen dürfen nicht bewilligt werden, sie stehen möglichen Neuinvestitionen und Renovationen komplett im Weg. Neue Stel-

len werden in der Regel mit Arbeitserleichterung begründet. Gegenfrage: Wann wird die Ausgabenseite für den normalen Bürger erleichtert werden? Oder sie werden mit Überlastung begründet. Gegenfrage: Sind schon interne Massnahmen geprüft worden oder können vielleicht auch Wartezeiten in Kauf genommen werden? Internes Aushelfen wäre auch eine Möglichkeit: Die Studie der BDO hat gezeigt, dass es beispielsweise im Steueramt eine Stelle zu viel hat.

Weshalb ist keine der fünf beantragten Stellen im Budget eingeplant? Unabhängig von den Antworten und Begründungen ist festzuhalten, dass hier eine mangelhafte Budgetierung vorliegt. Wir sagen nicht immer Nein. Würde uns heute ein Bericht und Antrag zu einem Ausgabenstopp vorliegen, gäbe es von unserer Seite ein glattes Ja. Heute sollte gefragt werden, ob wir die beantragten Stellen ablehnen möchten.

Wieso sagen alle anderen Parteien immer Ja zu weiteren Ausgaben? Wir müssen leider davon ausgehen, dass heute Abend jede beantragte Stelle bewilligt werden wird, ungeachtet der Kostenprobleme. Deshalb sagen wir: Wir waschen unsere Hände in Unschuld, denn wiederholt, und auch heute wieder, machen wir auf den Sanierungsfall Wohlen aufmerksam. Wir fordern den Gemeinderat auf, die sehr ernsthafte Situation zu erkennen und die beantragten Stellen diskussionslos zurückzuziehen. Das könnte der erste Schritt zu einer konsequenten Verbesserung der Finanzen sein. Wir stellen keinen Sammelrückweisungsantrag, sondern appellieren an den Gemeinderat, seiner Verantwortung nachzukommen und die Ausgabenwut in der Verwaltung zu drosseln. Mit einem freiwilligen Rückzug der beantragten Stellen könnte er bei den Einwohnern glänzen.

Der Gemeinderat hat die sehr ernste Finanzsituation erkannt und will deshalb das Tafelsilber, sprich Gemeindeland, verkaufen und aus reinen Sanierungsgründen Einzonungen vornehmen, den Mehrwert abschöpfen und die geschenkten Geldmittel für eine scheinbare Verbesserung des Finanzhaushaltes verwenden. Dies kann nur kurzfristig zu einer Linderung führen und dem Fass ohne Boden einen, allerdings löchrigen, Boden geben. Eine Sanierung gelingt nie über den Verkauf von Werten, sondern nur dadurch, dass Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden. Dank der guten Wirtschaftslage ist die Einnahmeseite in einer guten Verfassung, jedoch für neue und höhere Steuern blockiert. Folglich sind die Ausgaben zu drosseln und das, meine Damen und Herren, kann nicht mit der Schaffung neuer Stellen geschehen. Wir appellieren deshalb an den Gemeinderat, die Stellen zurückzuziehen.

Wille Franz, GPK: Wir haben heute über insgesamt fünf zusätzliche Stellen zu befinden. Die GPK möchte vorab zu allen Begehren drei Punkte ansprechen.

1. Die GPK ist erstaunt darüber, dass die Stellenbegehren dem Einwohnerrat erst nach der Beratung des Budgets unterbreitet werden. Wir wissen, dass einzelne Begehren seit dem Frühling bekannt sind. Eine frühere Traktandierung hätte noch zu einer Entscheidung vor oder mit dem Budget führen können. Es ist störend, dass gestern über ein Budget abgestimmt wurde und es heute schon wieder verschlechtert werden soll.
2. Die Mehrheit der GPK ist auch erstaunt darüber, dass vier der fünf Stellen mit einer Lohnsumme von brutto CHF 130'000.00 beantragt werden. Es ist zu hinterfragen, ob wir eigentlich in der Gemeinde nur noch derart gut qualifiziertes Personal einstellen sollen, dass die Löhne in dieser Höhe liegen müssen. Netto sind es CHF 8'700.00 x 13. Es ist uns völlig klar, dass der Gemeinderat alleine zuständig ist und bei der Anstellung über die Einstufung bestimmt. Wir erwarten aber, dass er sowohl bei den geforderten Qualifikationen, als auch bei der LohnEinstufung Augenmass bewahrt, damit nicht Unzufriedenheit und Folgebegehren bei den bereits angestellten Personen entstehen.
3. Die Stellen werden von der Mehrheit der GPK befürwortet, mit Ausnahme eines Falls. Wir sehen die angespannte personelle Situation in der Verwaltung und möchten, dass die anstehenden Arbeiten fristgerecht und kompetent erledigt werden können, ohne dass sich so grosse Ferien- und Überzeitguthaben anhäufen und das Personal aussteigt.

Zum Geschäft Stellenausbau Informatik. Sie haben die Vorlage gelesen und in den Fraktionen besprochen. Der Bereichsleiter Informatik, René Bossert, hat in der GPK einen sehr guten und kompetenten Eindruck hinterlassen.

Die Informatik ist heute eine der wichtigsten Komponenten einer Verwaltung. Ein Ausfall ist verheerend, das war anfangs November zu sehen. Alles stand still und die Leute konnten nicht mehr arbeiten. Klar ist, dass die heutigen 140 Stellenprozente nicht mehr ausreichen, um die gestiegenen Bedürfnisse, die Zunahme der Programme und die Sicherheit des Systems zu gewährleisten. Nachholbedarf besteht u.a. beim Dokumenten Management und bei der Vorbereitung künftiger Investitionen. Dazu kommen 60 % für die Betreuung des Internetauftritts. Da gingen die Meinungen in der GPK auseinander. Während die Aufgaben Leitung, Organisation, Systementwicklung, Netzwerk/Systemtechnik, Serverunterhalt und Benutzerbetreuung weitgehend begründet und unbestritten waren, wurden beim Bereich Internet-Webmaster grosse Vorbehalte angebracht. Die GPK fragte sich, ob für den Zustand und die Aktualität der Website tatsächlich 60 Stellenprozente aufgewendet werden müssen und ob dafür Qualifikationen benötigt werden, welche die hohe Besoldung rechtfertigen. Unklar war uns auch die Zuständigkeit, wer für die Website Angaben liefert, wer sie aufarbeitet und wer sie ins Netz stellt. Vielleicht liegen hier auch Gründe für gewisse Fehler.

Es werden 80 zusätzliche Stellenprozente beantragt. Da René Bossert sein Pensum reduzieren will, kann ein neues Vollpensum ausgeschrieben werden.

Die GPK hat auch nach Synergien mit dem Kanton und den Gemeinden gefragt. Diese seien nicht vorhanden, da der Kanton vorfinanzieren müsste und die Gemeinden sehr auf ihre Unabhängigkeit bedacht seien.

Bei dieser Sachlage hat sich die GPK nicht zu einer gemeinsamen Haltung durchringen können. Sie stimmt der Vorlage bei 3 Ja und 3 Nein mit dem Stichentscheid der Präsidentin zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte die SVP gerne auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrats, § 29, Erklärungen, aufmerksam machen. Hier steht:

"Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen sind zulässig, sie dürfen höchstens drei Minuten dauern, persönliche Erklärungen dürfen nur der Abwehr von Angriffen auf die Person und der Klärung von Missverständnissen dienen. Eine Diskussion ist nicht zulässig."

Es haben noch keine Angriffe stattgefunden, sondern es war ein Auftakt zu den Inhalten, welche wir heute Abend miteinander besprechen werden. In diesem Sinne ist eigentlich diese Erklärung der SVP nicht korrekt.

Ich danke Franz Wille für seine Erläuterungen. Es ist in der Tat so, dass man zum dritten Mal mit einem Antrag für einen höheren Steuerfuss vorstellig wird. Der Ja-Anteil war noch nie so hoch, trotzdem hat es nicht gereicht.

Dem Gemeinderat ist klar, dass für die fünf Stellen eine hohe Summe benötigt wird. Es gibt manchmal Situationen, in welchen man machen kann was man will, es ist nie der ideale Weg. In diesem Fall ist es so, dass der Gemeinderat es für das richtige Vorgehen hielt, die fünf Stellen gemeinsam zum heutigen Zeitpunkt zu beantragen. Es ist in der Tat so, wie es der Sprecher der GPK gesagt hat, die Vorlagen waren teilweise bereits zu einem früheren Zeitpunkt erstellt. Wir haben diese Vorlagen bewusst nach der Vorstellung des Budgets publiziert. Im Budget haben wir klar kommuniziert. Auf Seite 7 unter Erläuterungen steht:

"Es stehen zurzeit Stellenausbauten im Bereich Informatik, bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt und bei den Sozialen Diensten an. Diese Begehren werden als Berichte und Anträge dem Einwohnerrat einzeln unterbreitet, im vorliegenden Budget sind für diese Stellenausbauten noch keine Aufwendungen berücksichtigt."

Im Erläuterungsbericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung wurde geschrieben, es sei aufgefallen, dass bei den Ferien- und Überzeitguthaben sehr hohe Saldi bestünden und da sehe die Finanzkommission Handlungsbedarf und würde raten, diese Guthaben innert nützlicher Frist auf eine annehmbare Grösse abzubauen. Es stellt sich folgedessen die Frage, weshalb es solche hohen Überzeit- und Ferienguthaben gibt. Der Grund dafür ist, dass zu viel Arbeit anfällt und wenn man gewissenhaft ist, nimmt man sich dieser Arbeit an und baut sie entsprechend ab.

Eine Lohnsumme von rund CHF 130'000.00 ist sehr hoch, jedoch ist es wichtig zu erwähnen, dass diese Zahl auch die Arbeitgeberbeiträge beinhaltet und damit 117% ausdrückt. Für das Einstellungsgespräch ist das Gemeindereglement der Gemeinde Wohlen entscheidend, welches der Einwohnerrat seinerzeit verabschiedet hat. Darin heisst es unter Einreihung § 20:

"Der Gemeinderat reiht die Stellen gemäss der im Anhang enthaltenen Stellenstruktur und Stufenumschreibung den Anforderungen gemäss den Stellenbeschreibungen ein."

Es gibt dazu einen Anhang mit einer achtstufigen Stellenstruktur. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, Personal entsprechend ihrer Qualifikationen sowie der Funktion einzustufen. Für eine so anspruchsvolle Stelle ist es zwingend nötig, jemanden mit Erfahrung und entsprechender Ausbildung einzustellen. Der Wunsch der GPK, Augenmass zu bewahren bei der Einstufung, wird jeweils berücksichtigt. Der Gemeinderat schaut sich die Anforderungen für die Stelle und die Qualifikationen einer Person genau an und trifft dann die Entscheidung.

Gerne gebe ich Ihnen einige Erläuterungen zu den aufgelisteten 60 Stellenprozenten für den Webmaster. Die Webseite wurde vor ein paar Jahren neu erstellt. Ich möchte gerne daran erinnern, dass mit dieser Webseite der Preis „Eugen“ gewonnen wurde. Die Website muss jedoch in naher Zukunft wieder modernisiert werden. Noch wichtiger sind jedoch die zahlreichen Veränderungen bei den Programmen. Wenn Sie möchten, dass die Verwaltung effizient arbeiten kann, dann darf es keine EDV-Probleme geben, die vielleicht sogar zu einem Totalausfall des EDV-Systems führen. Am 4. November ist eine zentrale Hardwarekomponente ausgefallen. Dies zeigte deutlich auf, welche Konsequenzen ein Systemausfall haben kann. Ohne die Computer kann das Personal praktisch nicht arbeiten und die Produktivität fällt somit überall auf null. René Bossert kann hier auch gerne noch genauer die Tätigkeit der gewünschten Person erklären. Es handelt sich hier um eine zentrale Funktion. Der Gemeinderat hat lange mit der Beantragung dieser Stelle gewartet. Wir bitten Sie dieser Stelle zuzustimmen, um den reibungslosen Ablauf in der Verwaltung zu gewährleisten.

Fraktionsmeinungen

Burkard Thomas, Grüne: Im Vergleich zu anderen ähnlich grossen Gemeinden ist unsere Verwaltung klar unterbesetzt. Die chronische Überlastung einzelner Abteilungen ist deutlich erkennbar, so im Bereich Informatik, im Bereich Soziale Dienste, in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt, aber auch in der Gemeindekanzlei, wo es für mich überdeutlich spürbar ist.

Wir machen dem Gemeinderat den Vorwurf, dass er insgesamt zu lange gezögert hat, um diese Stellenbegehren anzumelden. Die Ausnahme ist der, vom Einwohnerrat zurückgewiesene, Stellenantrag für die Abteilung Planung, Bau und Umwelt. Leider kommt nun alles auf einmal und das zu einem ungünstigen Zeitpunkt.

Für uns ist klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die personellen Engpässe müssen behoben werden. Dies aus nachfolgenden Gründen. Um dem Personal Sorge zu tragen, um auch in Zukunft im Gemeindehaus einen qualitativ guten Service zu erhalten und nicht zuletzt auch deshalb, weil die anstehenden Grossprojekte gut umgesetzt werden sollen. Bewilligen wir die Stellen nicht, müssen wir konsequenterweise auch auf die Grossinvestitionen verzichten. Der Kostenpunkt ist wohlverstanden etwa eine halbe Million Franken, jährlich wiederkehrend. Das ist ernüchternd. Aber dieser Tatsache müssen wir ins Auge schauen. Die personellen Ressourcen sind nicht umsonst zu haben. Bei den Projekten hingegen lassen sich Prioritäten setzen.

Wir sind der Meinung, dass der Stellenausbau bei der Informatik Sinn macht. Sie ist in der heutigen Zeit die Grundlage jeder Verwaltung. Die IT-Infrastruktur ist sehr wichtig und muss entsprechend sorgfältig betreut werden. Ich empfinde den Sicherheitsaufwand als gewaltig, aber leider doch als unerlässlich. Die Webseite sollte modernisiert werden können. Darum stimmen wir dem Antrag für die 80 Stellenprozente einstimmig zu.

Meyer Meinrad, CVP: Die Informatik ist heute aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Sowohl Banken als auch KMUs sind von einer intakten und funktionierenden IT-Infrastruktur abhängig. Für eine Gemeinde wie Wohlen gilt das ebenso. Immerhin arbeiten hier rund 144 Benutzer an 108 Arbeitsplätzen. Zusätzlich nutzen Teile der Schule diese IT-Plattform ebenfalls, die Tendenz ist ansteigend. Die anrechenbare Zahl der Arbeitsplätze, bei steigenden Einwohnerzahlen, wird in der Zukunft sicher nicht weniger werden, soll Wohlen sich doch weiterentwickeln können. Die anstehenden Projekte in der Informatik sind vielfältig und im Bericht und Antrag aufgelistet. Ein guter Internetauftritt ist heute ein wichtiger Faktor für das Standortmarketing, deshalb soll dieser modernisiert werden. Ein wichtiges Ziel ist auch die Sicherstellung einer täglich verfügbaren IT-Infrastruktur.

Die Schaffung der 100 % IT-Stelle Netzwerk-/Systemtechnik und Serverunterhalt ist ein logischer Schritt eines Stellenausbaus in der heutigen Zeit. Durch die Reduktion der Stelle Leitung Organisation und Systementwicklung um 20 %, muss der Stellenausbau Informatik nur um 80 % erhöht werden. Natürlich hat die CVP-Fraktion auch über das Outsourcen der Informatik diskutiert, denn viele Unternehmen tun dies. Die Vor- und Nachteile halten sich je nach Art und Grösse des Unternehmens die Waage. Der Trend geht eher wieder zurück ins Unternehmen, so kann das Know-How im eigenen Betrieb behalten werden. Dies schafft auch weniger Abhängigkeiten von externen Firmen. Wir sagen mehrheitlich Ja zum Stellenausbau in der Informatik.

Sax Simon, GLP: Gerne gebe ich eine Vorbemerkung zu den vier Stellenanträgen. Im Grundsatz empfinden wir es als störend, wenn dem Einwohnerrat so kurz nach der Budgetsitzung vier Stellenanträge für fünf Stellen unterbreitet werden, die alle nicht im Budget 2014 enthalten sind. Uns ist bewusst, dass im Budget nur bewilligte Stellen aufgeführt sein sollten, man hätte aber auch einige Stellen früher zur Abstimmung bringen können.

Des Weiteren möchte ich die gestrige Volksabstimmung zum Budget erwähnen. Mit dem Nein zur Steuerfusserhöhung und dem momentan geltenden Steuerfuss von 113 % hat unsere Kasse einen Minderertrag in der Grössenordnung von CHF 800'000.00. Mit dem bereits schon sehr knapp budgetierten Erfolg ist unser Spielraum fast null. Von einem seit Jahren geforderten Cash-Flow, mit dem wir die notwendigen Investitionen finanzieren könnten, rede ich leider nicht. Es ist so, dass wir, wenn überhaupt, mit unseren Einnahmen nur noch die laufenden Ausgaben knapp decken können. Wenn wir jetzt alle Stellen bewilligen würden, wäre das budgetierte Ergebnis 2014 rot und das wollen wir auf keinen Fall. Dementsprechend wird unsere heutige Entscheidung zu den Stellen anders aussehen, als es der Fall gewesen wäre, wenn das Budget mit 116 % angenommen worden wäre, was auch unser Wunsch war. Man kann nicht alles haben, auch wenn das für die Bevölkerung ein schmerzlicher Prozess sein sollte. Leider betrifft dies auch die Verwaltung, wir sehen aber keine andere Möglichkeit.

Wir bedanken uns für die Ausarbeitung des Bericht und Antrags betreffend Stellenausbau im Bereich Informatik. Wie einleitend ausgeführt, können wir nur die dringendsten und unerlässlichen Ausgaben bewilligen. Wir anerkennen die grosse Bedeutung der Informatik, erachten jedoch die zusätzliche Stelle ab 1. Januar 2014 als nicht absolut dringlich. Eine organisatorische Umverteilung der Aufgaben, weg von der Webseite und hin zum lebensnotwendigen Systemunterhalt, erscheint uns möglich. In diesem Sinn können wir dieser Stellenerhöhung nicht zustimmen.

Stirnemann Alex, SP: Die Gemeindemitarbeitenden leisten gute und zuverlässige Arbeit. Es gibt jedoch in diversen Abteilungen ziemlich viel angestaute Arbeit, die erst nach längeren Wartefristen bewältigt werden kann. Das ist nicht auf mangelnden Einsatz, sondern vielmehr auf personelle Unterbesetzung zurückzuführen. Verglichen mit anderen Zentrumsgemeinden, verfügt Wohlen über mehrere hundert Stellenprozente weniger, bei gleichem Arbeitsvolumen. Als Gemeinde sollte es uns wichtig sein, ein guter Arbeitgeber zu sein. Mitarbeiter, die nicht wie eine Zitrone ausgepresst werden, arbeiten besser und tragen zu einem guten Klima innerhalb einer Unternehmung bei.

Es mag sein, dass die grosse Anzahl an geforderten Stellenprozenten etwas erdrückend ist. Betrachtet man den Einzelfall, sind sie aber gerechtfertigt. Im Bereich Informatik, welcher in der heutigen Zeit das Herz eines modernen Betriebs darstellt, besteht dringender Handlungsbedarf. Wir sollten es nicht riskieren, diesen empfindlichen Bereich ungenügend auszustatten und Systemausfälle in Kauf zu nehmen. Damit die Gemeindeverwaltung nicht ins Stocken kommt, braucht es eine Stellenerhöhung. Die SP steht geschlossen hinter diesem Antrag.

Geissmann Thomas, FDP: Ich bin sehr erstaunt über das Votum der SP, da sieht man deutlich, wie Meinungen von der Parteiideologie gemacht werden. Wir haben gerade gehört, dass wir unterdurchschnittliche Löhne bezahlen würden in Wohlen. Wir haben im Bereich EDV budgetierte Lohnkosten von CHF 258'800.00. Würden wir jetzt dieser Stellenerhöhung zustimmen, kämen CHF 113'000.00 dazu. Wir hätten Lohnkosten von CHF 371'800.00, bezogen auf ein Stellenpensum von 280 %. Rechnen wir das auf ein 100 %-Pensum um, macht das einen Durchschnittslohn von CHF 132'785.00, das sind mehr als CHF 10'000.00 monatlich, bei 13 Monatslöhnen. Nun soll mir noch jemand sagen, dass das unterdurchschnittliche Löhne seien. Ich weiss nicht, in welcher Welt die SP lebt.

Die beantragte Stellenerhöhung in der EDV beweist exemplarisch, was wir in unserer Fraktion schon immer vermutet haben, nämlich dass die Funktionseinstufungen generell zu hoch ausfallen. Je mehr wir jedoch vom Mitarbeiter an Ausbildung und Berufserfahrung verlangen, desto höher fällt auch der Lohn aus. Es braucht nicht für jede Arbeit in unserem Gemeindehaus einen Akademiker. Für die Benutzerbetreuung und den Unterhalt der Webseite braucht es sicherlich keinen top ausgebildeten EDV-Fachmann. Ausserdem hat sich unsere Fraktion gefragt, ob sich die geschätzten CHF 130'000.00 Lohnkosten tatsächlich auf ein Pensum von 80 % beziehen. Wenn das so ist, dann reden wir über einen Lohn von CHF 162'500.00.

Unsere Fraktion beantragt keine Ablehnung, da uns die hohen Lohnkosten stören, möchten wir einen Zwischenweg gehen. Wir stellen folgenden Rückweisungsantrag und bitten Sie, diesem zuzustimmen: *Der Gemeinderat sei zu beauftragen, die Funktionseinstufungen anzupassen und den Bereich Informatik so zu organisieren, dass die Stellenpensenerhöhung zusätzliche, wiederkehrende Lohnkosten von CHF 72'000 nicht übersteigt.*

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die FDP hat viel gesagt, nur zum Stellenwert der EDV hat sie nicht gesprochen. Verschiedene Fraktionen haben diesen vorhin genannt. Es ist nicht richtig, wenn man einfach die Gesamtlohnsumme teilt und sagt, dass sei der Durchschnittslohn. Die Angestellten in der Informatik haben unterschiedliche Funktionen und Löhne. Die Funktionseinstufung wird durch den Gemeinderat gemacht und ich wehre mich dagegen, dass wir die Löhne zu hoch einstufen würden. Die Zahlen im Bericht und Antrag beziehen sich auf 100 % und nicht auf 80 %. Ich bitte René Bossert, kurz etwas zur Stelle und zu den Löhnen zu sagen. Bitte lehnen Sie den Rückweisungsantrag ab.

Bossert René, Bereichsleiter Informatik: Es gibt im Kanton Aargau nicht viele Gemeinden, die eine eigene Informatikabteilung haben. Als die Stadt Aarau jemanden für ihre Abteilung suchte, wurde über einen monatlichen Lohn von CHF 10'000.00 gesprochen. Unser Lohnband 5, gemäss Personalreglement, weist eine Obergrenze von CHF 115'000.00 und eine Untergrenze von CHF 80'000.00 aus. Die Gemeinde Wohlen bezahlt 13 Monatslöhne. Meine Reduktion des Pensums von 20 % ist nirgends mit eingerechnet und wäre bei der vorhin genannten Gesamtlohnsumme noch abzuziehen. Bei der Einstellung von Personal wird versucht, das Optimum zu erreichen. Dies bedeutet ein bestmögliches Preis-Leistungs-Verhältnis zu erreichen. Die angegebene Summe ist die obere Grenze, was selbstverständlich nicht heisst, dass sie erreicht werden wird.

Es gibt verschiedene Projekte im Informatikbereich, welche derzeit anstehen und umgesetzt werden müssen. Wir haben eine 5-jährige IT-Infrastruktur und benötigen eine Vorlaufzeit von ungefähr einem Jahr, bis wir eine Systemumstellung veranlasst haben. Wenn wir nächstes Jahr dem Einwohnerrat diesbezüglich einen Bericht und Antrag vorlegen möchten, dann muss dies jetzt aufgegleist werden. Der Unterhalt steigt immer mehr an und somit sinkt die Zeit, welche für Projekte zur Verfügung steht. Es stehen u.a. Projekte in der Telefonie und in der Ablösung der Infrastruktur an. Diese müssten jetzt angegangen werden. Der Zeitpunkt für die Schaffung einer Stelle wäre ideal, denn dann könnte der neue Mitarbeitende von Beginn an bei den Projekten mitarbeiten und aktiv beim Aufbau der Infrastruktur mitwirken.

Ich möchte des weiteren erklären, dass die 60 Stellenprozente, welche für die Betreuung der Website gedacht, in der Vorlage aufgeführt sind, auf einer Annahme aus dem Jahr 2000 basieren. Damals wurde die Internetplattform neu aufgebaut. Wir haben dafür 60 % eingesetzt, damit eine 100%-ige Stellvertretung gewährleistet ist. Wenn jemand von uns in den Ferien ist, müssen die Systeme trotzdem laufen. Wenn wir nicht genügend Ressourcen zur Verfügung haben und die Systeme ausfallen, möchte wahrscheinlich niemand von Ihnen die Verantwortung dafür übernehmen.

Stäger Urs, SVP: Die SVP unterstützt den Rückweisungsantrag der FDP. Viel mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Lehmann Sandra, GLP: Wir unterstützen den Rückweisungsantrag nicht. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Jetzt kann man Ja oder Nein zum Bericht und Antrag sagen. Wenn der Gemeinderat die Stelle umorganisiert und wieder bringen will, dann kann er das zu einem späteren Zeitpunkt tun. Weiter möchte ich zur Bemerkung von Walter Dubler ergänzen, dass wenn es in der Gemeinde Wohlen einen Systemausfall aufgrund eines Hardwareschadens gibt, dann kann die GLP auch nichts dafür. Wir haben heute über diese Stellen zu befinden. Das Volk will aber keinen Steuerfuss von 116 %, deshalb müssen wir noch mehr sparen. Wir befinden uns damit in einer Zwickmühle, aus der wir irgendwie auch wieder raus müssen.

Lütolf Harry, CVP: Gehe ich richtig der Annahme, dass die FDP Ihren Rückweisungsantrag mit einer Bedingung knüpft? Denn dieses Vorgehen erachte ich als falsch. Möchten Sie die zulässige Höchstlohnsumme von CHF 130'000.00 auf CHF 72'000.00 ändern? Ich denke, dass der Antrag anders gestellt werden müsste, damit er mehr Chancen erhält angenommen zu werden.

Weiter möchte ich vom Gemeinderat wissen, ob sich die Lohnsumme von CHF 130'000.00 auf 80 % oder 100 % bezieht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die genannte Lohnsumme ist auf ein Pensum von 100 % gerechnet. Der Arbeitgeberbeitrag ist auch enthalten, es sind damit 117%. Wenn René Bossert sein Pensum um 20 % reduziert, bringt das eine grössere Einsparung, er ist der teurere Angestellte der beiden.

Burkard Thomas, Grüne: Ich möchte von Thomas Geissmann wissen, wie er auf die Summe von CHF 72'000.00 kommt. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Geissmann Thomas, FDP: Im Antrag für die Personalaufstockung in der Zweigstelle AHV ist ein Lohn von CHF 90'000.00 für 100 % eingeplant, damit wird offenbar unterschieden zwischen einem Sachbearbeiter und einer Fachperson mit Weiterbildung. Ich verstehe, dass es für die Stelle des Netzwerkarchitekten eine Fachperson benötigt, finde aber, dass es für die Benutzerschulung und das Contentmanagement keinen IT-Fachmann braucht. Deshalb haben wir den tieferen Lohn des Sachbearbeiters eingesetzt und auf 80 % umgerechnet, das ergibt die Lohnsumme von CHF 72'000.00.

Wir haben bereits gehört, dass durch die Pensenreduktion von Herrn Bossert auch noch Einsparungen möglich sind, damit werden die Lohnkosten wieder auf ein gesundes Mass sinken. Wir schauen die Lohngesamtsumme der Abteilung an und nicht die einzelne Stelle, aus unserer Sicht ist das vernünftig.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Stadt Aarau ist nicht dreimal grösser als die Gemeinde Wohlen. Sie beschäftigt aber sechs Mitarbeiter in der Informatik. Wir haben zurzeit zwei Personen für dieselbe Tätigkeit. René Bossert hat es vorhin gesagt, es ist die Funktion, be-

ziehungsweise die Tätigkeit, die die Einstufung bestimmt. Man muss bei einer Einstellung immer den Einzelfall anschauen.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Antrag der CVP

Der Gemeinderat sei zu beauftragen, die Funktionseinstufungen anzupassen und den Bereich Informatik so zu organisieren, dass die Stellenpensenerhöhung zusätzliche wiederkehrende Lohnkosten von CHF 72'000 nicht übersteigt.

wird mit 16 Ja zu 21 Nein 0 Enthaltung abgelehnt.

Stäger Urs, SVP: Der finanziell besser gestellte Kanton Aargau hat, mit Ausnahme bei der Polizei, einen Stellenstop ausgesprochen.

Wer mich kennt weiss, dass ich nicht einfach so Nein sage, sondern jedes Geschäft genau prüfe. So auch das vorliegende Begehren um einen Stellenausbau in der Abteilung Informatik. Zuerst einmal hab ich mich in meinem grossen Bekanntenkreis umgehört. Mit Staunen, habe ich festgestellt, dass in einer grossen Pharmaziefabrik in der Region Basel ein Mitarbeiter fünf Server und 250 Benutzer betreut. Er erhält dafür einen Jahreslohn von knapp CHF 100'000.00. In unserer Verwaltung werden 7 Server und etwa 120 Computer von zwei Mitarbeitern betreut. In einem bundesnahen Betrieb im Kanton Aargau habe ich mich über die Löhne erkundigt. Das Fazit daraus ist, dass unsere beiden EDV-Leute überbezahlt sind. Ich selber betreue in der gesamten Schweiz um die 500 bis 800 PCs und drei Server. Nur von diesen Einnahmen könnte ich meinen Lebensunterhalt nicht finanzieren. Vielleicht überlegt man sich in der Exekutive einmal, wie die Effizienz der EDV-Abteilung gesteigert werden könnte. Wenn man sieht, dass alleine für die Betreuung der Webseite 60 Stellenprozent veranschlagt werden, dann scheint mir das völlig übertrieben. Zusätzlich werden auch noch jedes Jahr mehrere tausend Franken für Leistungen einer externen Firma ausgegeben. Als EDV-Fachmann fragt man sich, was so kompliziert ist, dass es extern vergeben werden muss. Auch hier habe ich unsere Webseite von einem Fachmann anschauen lassen. Er ist der Meinung, dass sich eine neue, moderne Webseite mit einem Aufwand von ca. 500 Stunden realisieren lässt. Die Webseite könnte so aufgebaut werden, dass sie sich auch von jemandem ohne besondere EDV-Kenntnissen oder einem Lehrling aktualisieren liesse. Dank massiver Verbesserungen der Betriebssysteme in den letzten fünfzehn Jahren, wird der Betreuungsaufwand immer kleiner. Unter diesen Umständen lehnt unsere Fraktion die Stellenerweiterung klar ab.

Einzelvoten

Hoffmann Thomas, CVP: Seit gestern ist der Stellenausbau keine Frage des Bedarfs oder des Wunsches mehr, sondern der Finanzen. Das Volk hat uns mit der Ablehnung des Budgets ganz klar gesagt, dass keine zusätzlichen Finanzen gesprochen werden sollen. Wenn bei einem KMU keine zusätzlichen Einnahmen generiert werden können, kann es auch keine zusätzlichen Stellen bewilligen. Ich sage das aus eigener Erfahrung. Wieso soll das bei einer Gemeinde anders sein? Darum ist es für mich ganz klar, die neuen Stellen müssen, wenigstens teilweise, heute abgelehnt werden.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Bewilligung von zusätzlich 80 Stellenprozent für den Bereich Informatik ab 1. Januar 2014.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

Manimanakis Corinne, GPK: Bereits 2008 wurde in der OBV Verwaltungsanalyse darauf hingewiesen, dass der Personaletat für die Sozialen Dienste, aufgrund der anspruchsvollen Struktur der Gemeinde Wohlen und der relativ hohen Fallzahlen, knapp bemessen sei. Im Jahr 2008 gab es 285 Sozialfälle, heute sind es 342, das entspricht einer Zunahme von 20 %. Es wurden keine Stellen aufgestockt. Da die Bevölkerungsstruktur in Wohlen Probleme aufweist, die sich in der Sozialhilfequote auch klar widerspiegeln, betreuen die Mitarbeiter der Sozialen Dienste der Gemeinde Wohlen überdurchschnittlich viele Fälle. Überstunden und Ferienaufschiebe sind die Folge davon. Seit der Einführung des neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechtes im Januar 2013, haben die Fallabklärungen weiter zugenommen. Durch die Übernahme der Kontrollstelle Vormundschafswesen ergibt sich eine weitere Zusatzbelastung. Auch die Fälle im Bereich Familien- und Jugendberatung haben zugenommen, diese werden in Wohlen durch die Sozialen Dienste abgewickelt. Bei anderen Gemeinden, beispielsweise in Bremgarten, sind diese bei der Jugend- und Familienberatung (JFB) angeschlossen. Die Abteilung der Sozialen Dienste in Wohlen ist für die Gesamtbevölkerung zuständig, beispielsweise auch für die Wohnungssuche für Flüchtlinge. Nicht zuletzt wird auch mit der Privatisierung des Chinderhuus Mehrarbeit auf die Abteilungen zukommen.

Da das Personal und auch die Arbeit durch die Mehrbelastungen leiden, hat Urs Spillmann bereits im Frühling 2013 eine Stellenpensenerhöhung beim Gemeinderat gefordert. Es wäre angemessen gewesen, per 1. Januar 2014 eine neue 100 % Stelle zu schaffen. Für die neu geplante 100 % Stelle soll eine ausgebildete Sozialarbeiterin eingestellt werden. Für den Bereich Familien- und Jugendberatung, der die Abteilung Soziale Dienste in naher Zukunft noch mehr belasten wird, wäre es wünschenswert, jemanden mit familientherapeutischer Ausbildung und Erfahrung einzustellen. Das findet auch Zustimmung in der GPK, da sie der Meinung ist, dass die Sozialen Dienste verstärkt werden müssen. Des Weiteren ist die GPK der Ansicht, dass die neu geschaffene Stelle allen Bürgern und Bürgerinnen Wohlens zu Gute kommen wird. Zudem können Sozialmissbrauchsfälle so vermindert werden. Die GPK ist mit 4:2 Stimmen für eine Aufstockung um 100 % bei der Abteilung Soziale Dienste ab 1. Januar 2014.

Jetzt zur 50 % Stelle bei der SVA Zweigstelle. Auch dort ist seit 2008 eine Unterbesetzung ausgewiesen. Heute ist die Situation dort äusserst angespannt, die Mitarbeiter sind überlastet und können keine Ferien beziehen. Darum ist die Stellenaufstockung bei der SVA Zweigstelle aus Sicht der GPK unumgänglich. Deshalb stimmt die GPK einstimmig der 50 % Stelle zu.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Ich danke der GPK-Sprecherin für ihre Ausführungen. Diese beiden Stellen sind wirklich nötig, die Mitarbeiter arbeiten in diesen Abteilungen sehr viel. Die Sozialkommission, die die Sozialfälle jeden Monat anschaut, ist mit allen hier vertretenen Parteien besetzt. Wir ergreifen vermehrt zusätzliche Massnahmen um Sozialbetrüge zu verhindern und auch um Arbeitslose schneller wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das bedeutet für die Mitarbeiter einen grösseren Betreuungsaufwand dieser Leute. Es ist nicht zu leugnen, dass die Kosten steigen, das ist leider so. Die Strukturen tragen dazu bei. Was wäre die Folge, wenn man die beiden Stellen nicht bewilligen würde? Guido Keller, bei der SVA, ist wirklich am Anschlag, er könnte ein Burn-out kriegen oder anderweitig ausfallen. Bei den Sozialen Diensten müssten die Kontrollen vernachlässigt werden, die Quintessenz wäre, dass unsere Fachleute zu Administratoren würden, die die Fälle nur noch administrieren und nicht mehr betreuen könnten. Unter dem Strich würde das nichts bringen. Sie haben in den beiden Berichten und Anträgen alle Informationen erhalten, und die GPK hat uns auch Fragen gestellt, die wir beantwortet haben. Ich vertraue auf den Einwohnerrat.

Fraktionsmeinungen

Meier Cyrille, SP: Unsere Fraktion unterstützt beide Anträge. Wir stimmen für die Aufstockung um 100 % bei der Abteilung Soziale Dienste und um 50 % bei der Zweigstelle SVA.

Die hohe Sozialhilfequote von 3,2 % in unserer Gemeinde ist unerfreulich und leider ist die Tendenz steigend, das konnten wir in den letzten Jahren sehen. Trotz der überproportionalen Zunahme der Gesuche, ist das Stellenpensum nicht erhöht worden. Die Rechnung geht nicht mehr auf, die Abteilung leistet Überstunden und kann keine Ferien beziehen, trotzdem ist keine Besserung in Sicht. Die Gemeinde muss die Stellenprozente aufstocken, das ist unausweichlich. Wir dürfen den Status quo nicht beibehalten, es ist eine Illusion zu denken, dass sich der Engpass von selbst lösen wird. Ohne Stellenausbau können die Fälle nicht überprüft werden und der Missbrauch kann zunehmen. Wenn nur noch verwaltet werden kann, ist niemandem geholfen. Wir unterstützen beide Anträge.

Sax Simon, GLP: Wir bedanken uns für die Ausarbeitung des Bericht und Antrags für den Stellenausbau bei den Sozialen Diensten und wir anerkennen die absolute Dringlichkeit. Es ist kein Ruhmesblatt für Wohlen, wenn das Sozialamt unter der hohen Arbeitslast leidet. Aus Spargründen stellen wir jedoch einen Änderungsantrag. Anstelle der beantragten 100 Stellenprozente neu 70 Stellenprozente ab 1. Januar 2014. Der Antrag lautet: *Bewilligung von zusätzlichen 70 (statt 100) Stellenprozenten bei der Abteilung Soziale Dienste ab 1. Januar 2014.*

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Dass wir die Verantwortung für die Mitarbeitenden in der Verwaltung tragen, ist klar. Wir haben viele gute und engagierte Mitarbeiter in dieser Abteilung. Wir vernehmen ausschliesslich Positives. Die Abstimmung vom gestrigen Tag ist vorbei und es gibt vieles bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Die Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon sagen zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls Stopp. Wir sind der Ansicht, dass es bestimmt auch günstige Lösungen gibt. Leider müssen wir hier dagegen stimmen.

Hafen Dieter, CVP: Wir müssen die Kosten senken. Wenn man weiss, wie viel Sozialarbeiter verdienen und dass sie auch noch sehr gesucht sind, dann müssen wir die Leute zu diesem relativ hohen Lohn anstellen. Die Betreuung muss reibungslos geschehen und darf nicht verzögert werden. Die CVP stimmt dem Antrag 12141 mehrheitlich und dem Antrag 12142 einstimmig zu.

Brunner Edwin, SVP: Wir könnten grossmehrheitlich zustimmen, wenn mit Zielvorgaben belegt werden könnte, dass mit einem Stellenausbau der Sozialmissbrauch wirksam bekämpft würde. Die SVP ist jedoch der Überzeugung, dass dem nicht so ist, denn die Gemeinde Wohlen ist in der ganzen Schweiz bekannt dafür, dass Sozialbezüger mit Samthandschuhen angefasst werden und Unterstützung sehr leicht zu bekommen ist. Wenn Sie uns also überzeugen können, dass der Sozialhilfemissbrauch mit einer Stellenaufstockung wirksam bekämpft wird, dann könnten wir dem Antrag zustimmen.

In der Privatwirtschaft wird jeweils zuerst darüber nachgedacht, wie die Arbeiten besser aufgeteilt werden können. Es könnte beispielsweise auch intern ausgeholfen werden. Man kann von den Mitarbeitern verlangen, dass sie sich einsetzen. Unter diesem Aspekt wird von uns eine Stellenerhöhung mehrheitlich abgelehnt.

Burkard Thomas, Grüne: Für uns ist der Handlungsbedarf bei beiden Stellenanträgen mehr als ausgewiesen. Für uns ist klar, dass wir beide Anträge unterstützen werden. Ich würde mich für die Abteilungen freuen, wenn sie nicht mehr so überlastet wären, sie haben es verdient.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Ich habe noch nie gehört, dass man in Wohlen ganz leicht an Sozialhilfe kommt. Zudem sind zwei gute Vertreter der SVP in der Sozialkommission, welche sämtliche Geschäfte überprüft. Mit Urs Spillmann und seinen Mitarbeitenden verfügen wir über Personal, welche eine harte Linie verfolgen. Das zeigen auch die Revisionen des Kantons. Das letzte Mal haben sie ein gutes Zeugnis erhalten. Wir verhätscheln die Sozialhilfeempfänger nicht. Die Menschen, welche die Hilfe brauchen, sollen sie auch erhalten. Missbräuche müssen verhindert werden, da stimme ich der SVP zu. Dies ist aber jedoch nur dann möglich, wenn die Mitarbeitenden genügend Zeit haben, um die Fälle abzuklären.

Geissmann Thomas, FDP: Die Gemeinde Wohlen war früher ein Mitglied der Jugend- und Familienberatung (JFB). Warum ist die Gemeinde Wohlen heute kein Mitglied mehr? Und wieso hat man im Zusammenhang mit der Überbelastung nicht mehr darüber nachgedacht, sich dort doch wieder anzuschliessen?

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Meines Wissens waren wir nie Mitglied der JFB. Die JFB macht keine Sozialbetreuung und behandelt keine Sozialfälle. Sie ist ein Verein, dem alle Gemeinden des Bezirkes Bremgarten, ausser Wohlen, angehören und welcher im Bereich des Kinderschutzes und der Familienbetreuung tätig ist. Als Vollmitglied würden wir mehr als drei Vollzeitstellen bezahlen müssen. Allerdings habe ich die Analyse, die ein paar Jahre alt ist, auch nicht gesehen. Die Gemeinde Wohlen wird beim JFB vielleicht Dienstleistungen einkaufen, sie müssten dann jedoch günstiger und nicht teurer sein als eigenes Personal.

Geissmann Armin, FDP: Wir haben die Mitgliedschaft beim JFB angeschaut. Es wäre die günstigere Lösung.

Lütolf Harry, CVP: Der Sozialhilfemissbrauch liegt bei 2 % bis 10 %. In der Begründung des Gemeinderates für den Stellenausbau kommt nicht zum Ausdruck, dass man mit dem Stellenausbau auch häufigere Kontrollen, mittels Sozialhilfeinspektorat, machen will. Es wäre wichtig, dies präventiv zu tun. Weiter lese ich nichts betreffend Rückforderungen von Sozialhilfe. Wie Sie alle wissen, ist Sozialhilfe rückerstattungspflichtig. Es steht aber nichts im Bericht und Antrag darüber, ob das Inkasso künftig verstärkt betrieben werden soll.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Bei den Sozialhilfemissbräuchen geht es darum, dass diese Personen mehr aufgeboten und überprüft werden können. Die Leute nehmen auch an Beschäftigungsprogrammen teil. Wenn sie beispielsweise jeden Nachmittag an einem solchen teilnehmen müssen, können sie nicht mehr schwarz arbeiten. Wir versuchen mit solchen Massnahmen eine Verbesserung zu erreichen. Was das Inkasso betrifft, habe ich keine Kenntnisse. Ich bitte Urs Spillmann zu dieser Thematik und zur Anfrage betreffend Sozialhilfemissbrauch Stellung zu nehmen.

Spillmann Urs, Leiter Soziale Dienste: Leider gibt es auch in Wohlen Sozialhilfemissbrauch. Wir befassen uns jeden Tag damit und wir gehen rigoros dagegen vor. Die hier beantragte Stelle ist aber auch für die immaterielle Hilfe gedacht. Nach dem Sozialhilfe- und Präventionsgesetz darf jeder Bürger bei den Sozialen Diensten Beratung in Anspruch nehmen. Dafür braucht es entsprechend ausgebildetes Personal. Das Inkasso wird bereits heute zu 100 % gemacht. Jeder der einmal Sozialhilfe bezogen hat, wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dazu aufgefordert, das bezogene Geld zurückzuzahlen. Dort ist kein Ausbau geplant, weil er nicht notwendig ist.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bin zwar lediglich der Stellvertreter dieses Ressort, jedoch schon länger dabei als Gemeinderatskollege Bruno Breitschmid. Ich möchte auf die Frage von Armin Geissmann bezüglich Mitgliedschaft bei der JFB eingehen. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, würde uns die Mitgliedschaft im Verein rund CHF 370'000.00 kosten. Dieser Betrag ist höher als der beantragte Betrag für den Stellenausbau. In der JFB geht es tatsächlich darum, Beratungsdienstleistungen zu erhalten. Wir sagen in Wohlen immer wie-

der, dass unser Sozialer Dienst die immateriellen Fragen ebenfalls beantworten kann, deshalb sind wir kein Mitglied der JFB. Ich bitte Sie die Stelle zu bewilligen, damit wir die dringend benötigte Person anstellen können.

Tanner Peter, SVP: Ich möchte Bruno Breitschmid darauf hinweisen, dass ein konkretes Beispiel von Sozialmissbrauch von Bruno Bertschi genannt wurde. Es gibt in grösseren Gemeinden eine Tendenz des Sozialmissbrauchs. Ich möchte von Urs Spillmann wissen, ob es tatsächlich so ist, dass jeder Bürger während der Schalteröffnungszeiten für eine Beratung auf die Gemeinde kommen kann. Könnte man die Beratungszeiten vielleicht etwas einschränken.

Spillmann Urs, Leiter Soziale Dienste: Wir haben gesagt, dass wir eine 100 %-Stelle mit einem Kostendach von CHF 130'000.00 schaffen möchten. Wir möchten mit einem 20 % oder 30 % Pensum starten und schauen, wie gut wir den Bedarf abdecken können. Wir wollen nicht einfach eine Stelle schaffen, sondern den Bedürfnissen möglichst rasch begegnen können. Je schneller wir etwas unternehmen, desto besser. Das Stellenpensum soll den Bedürfnissen angepasst werden.

Geissmann Armin, FDP: Man kann doch eine Person, welche Beratung und Sozialhilfe benötigt nicht einfach wegweisen. Betreffend Inkasso wird geschaut, ob eine Rückzahlung tatsächlich möglich ist. Das Votum der GLP mit dem Stellenpensum von 70 % könnte eventuell auch gut und unterstützungswürdig sein.

Lehmann Sandra, GLP: Wir sind auch der Meinung, dass wir nicht mit einem Stellenpensum von 100 % beginnen sollten. Aus diesem Grund haben wir den Antrag auf Reduzierung auf 70 % gestellt.

Tanner Peter, SVP: Eigentlich könnten die Leute auch beim Sozialen Dienst anrufen und einen Termin vereinbaren. Wir haben mit der Ablehnung des Budgets auch den Auftrag erhalten, Kosten einzusparen. Vielleicht werden auch Bedürfnisse geweckt und das Verhalten der Leute könnte sich durch dieses Angebot negativ verändern. Es muss auch an die Eigenverantwortung appelliert werden. Weiter würde mich interessieren, ob die Beratungen nur in Deutsch oder auch in anderen Sprachen angeboten wird. Es stellt sich die Frage, wie wir den Menschen die Deutsche Sprache näher bringen können. Beratungsdienste mindern die Eigenverantwortung.

Abstimmung

Der Abänderungsantrag der GLP/EVP

Bewilligung von zusätzlichen 70 (statt 100) Stellenprozent bei der Abteilung Soziale Dienste ab 1. Januar 2013.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung

Der abgeänderte Antrag des Gemeinderates

Bewilligung von zusätzlichen 70 Stellenprozent bei der Abteilung Soziale Dienste ab 1. Januar 2014.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Fraktionsmeinungen

Vogt Roland, SVP: Die SVA-Aargau empfiehlt für den Geschäftsbereich pro 10'000 Einwohner ein 100 % Pensum. Für die Grösse von Wohlen, zusammen mit Uezwil, mit gut 15'000 Einwohnern, sind das also rund 150 Stellenprozente. Aktuell ist diese Abteilung mit einer 100 % und einer 30 % Stelle besetzt und wird verstärkt mit 10 % von der Bauverwaltung und 10 % vom Steueramt. Die beiden Verwaltungen können es sich anscheinend leisten, Stellenprozente abzugeben. Glaubt man der Empfehlung, fehlen also rund 20 Stellenprozente. Beanttragt werden aber 50 Stellenprozente, wegen der Bevölkerungsstruktur in Wohlen, soll es ja ein bisschen mehr sein.

Unsere Fraktion wird jede Stellenerhöhung ablehnen und zwar aus den nachfolgenden Gründen. Von der SVA Aargau wird die angebliche Überlastung bemängelt und eine nachhaltige Lösung gefordert. Eine Stellenerhöhung kann nie eine nachhaltige Lösung sein. Wohlen hat aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur und der sehr hohen Zahl von Ergänzungsleistungsanträgen ein Problem. Die Vergleichszahlen mit den anderen Gemeinden in diesem Bereich, bestätigen diese Aussage. Dieser Zustand wird seit Jahren von der SVP kritisiert und von unserem Gemeinderat ignoriert. Gegenmassnahmen gegen unsere Bevölkerungsstruktur wurden nie eingeleitet. Im Gegenteil. Mit günstigem Wohnraum, hohen Steuern, einer Tool-Box oder der neuesten Motion der CVP für einen Integrationsbeauftragten, wird der Missstand weiter gefördert.

Die Mitarbeiter der SVA Zweigstelle haben gemäss Bericht und Antrag eine hohe Arbeitslast zu tragen und es steht auch, der Zustand sei auf Dauer nicht haltbar. Wieso werden keine Massnahmen dagegen ergriffen? Wieso will man die Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit nicht entlasten? Nicht durch eine weitere Stelle, sondern durch einen Abbau der Dienstleistungen. Nur so kann eine Steigerung der Arbeitsqualität sichergestellt werden. Sollen Anträge für Krankenkassen-Prämienverbilligungen rund um die Uhr auf der Gemeinde abgegeben werden können? Sicher nicht, das ist Luxus und wird auch nicht erwartet. Die Anträge sollen per Post oder online zugestellt werden können. Unvollständige Anträge sollen retourniert oder vernichtet werden. Gibt es dennoch Fragen, soll der Schalter zu bestimmten Zeiten geöffnet sein. Am Schalter gibt es Regeln, und die Kundschaft hat sich korrekt zu benehmen. Kann ein Antragssteller mit der Zusammenstellung der Unterlagen für die Prämienverbilligungen überfordert sein? Sicher nicht, er ist nur zu faul oder wurde so erzogen. Eine Steuererklärung ist vermutlich etwas komplexer und muss auch vollständig sein. Wer es nicht fertig bringt, neben dem Antrag, die letzte definitive Steuerveranlagung, die Krankenkassenpolicen und die Ausbildungsbestätigungen einzureichen, sollte auch keine Vergütung erhalten.

Unsere Gemeinde kann sich diese Dienstleistung, eine Dienstleistung, welche übrigens nur kostet und der Gemeinde keinen finanziellen Profit einbringt, nicht mehr leisten. Erst recht nicht nach der gestrigen Budgetabstimmung. Das Stimmvolk hat ein deutliches Zeichen gesetzt!

Greifende Massnahmen braucht es auch für Rentenanträge, Invalidenrenten und Ergänzungsleistungen. Gewisse Bevölkerungsteile in unserer Gemeinde müssen lernen, dass es vorbei ist mit dem Service Public und damit, dass man ihnen alles auf dem silbernen Tablett serviert. Es wird langsam Zeit, gewisse Dienstleistungen wieder abzubauen. Es profitieren genügend private Organisationen von der Zuwanderung, sie sollen Hand bieten. Unsere

Gemeindeverwaltung hat anderes zu tun. Wird dieser Zustand von unserem Gemeinderat und dem Einwohnerrat nicht erkannt, werden die Personalkosten weiter steigen.

Unsere Fraktion findet es aber positiv, dass in die Zukunft geschaut wird. So weist man im Bericht und Antrag vom 23. September 2013 auf die Situation im August 2013 hin, wenn die langjährige Teilzeitmitarbeiterin in Pension gehen wird. Weiter soll die Stelle bewilligt und vermutlich ab dem 1. Januar 2014 auch besetzt werden. Wie will der Gemeinderat in den nächsten 35 Tagen eine seriöse Lösung finden?

Für uns entsteht der Eindruck, dass dieser Bericht und Antrag schon lange vorliegt und aus unbekanntem Gründen zurückgehalten wurde. Anscheinend ist die Situation doch nicht so tragisch wie beschrieben. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon wird diese Stelle ablehnen.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Die Anträge für Krankenkassenverbilligungen erhalten wir nicht über das Jahr hin verteilt, sondern in einer gesetzlich vorgegebenen Zeit. Guido Keller muss sie innert einer vorgeschriebenen Frist nach Aarau weitergeben können. Es gibt Fälle, wo Leute mehrere Male an den Schalter kommen, weil sie immer wieder etwas vergessen haben, und es stimmt auch, dass wir schlecht dafür entschädigt werden. Wir haben aber den gesetzlichen Auftrag, diese Dienstleistung anzubieten.

Spillmann Urs, Leiter Soziale Dienste: Die Krankenkassenverbilligungsgesuche müssen jeweils bis zum 31. Mai des laufenden Jahres eingereicht werden. Die Klienten kommen mehrfach an den Schalter, weil sie nicht immer alle Unterlagen dabei haben und teilweise schlecht Deutsch sprechen. Die Abwicklung braucht Zeit und diese haben sie während den Schalteröffnungszeiten von 8.30 Uhr bis 17 Uhr. Das ist es, was wir vorgeben können.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Wir danken für den Bericht und Antrag. Wir haben erkannt, dass die SVA Zweigstelle überlastet ist und sind deshalb einstimmig für die 50 % Stelle.

Sax Simon, GLP: Wir erkennen eine absolute Dringlichkeit. Die aktuelle Situation rechtfertigt eine Stellenerhöhung. Wir werden der Erhöhung im Umfang von 50 % zustimmen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Bewilligung von zusätzlich 50 Stellenprozent bei der Abteilung Soziale Dienste – SVA-Zweigstelle – ab 1. Januar 2014.

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Wille Franz, GPK: Anna Keller hat am Sonntag viele Stimmen gemacht, aber ihre eigene verloren. Ich lese Ihnen deshalb den Bericht vor, den sie geschrieben hat:

Nicht nur der Name hat von Bauverwaltung zu Abteilung Planung, Bau und Umwelt gewechselt, sondern auch die Leitung der Abteilung liegt nun seit längerer Zeit bei Nicole Imfeld. Nach der Rückstellung der Stellenpensenerhöhung im August 2012, hat sie festgestellt, dass dringend mehr Personal benötigt wird, um die anfallende Arbeit zu bewältigen. Neu werden allerdings 200 Stellenprozente beantragt, einerseits eine 100 % Stelle für den Tiefbau, andererseits eine bis Ende 2017 befristete Stelle für die Aufgleisung aller vorgesehenen Bauprojekte.

Die GPK ist mehrheitlich der Meinung, dass für die anstehenden Grossprojekte mehr Personal nötig ist und stimmt der befristeten Stelle deshalb mit 4:1 Stimmen zu. (Ein Mitglied hatte die Sitzung bereits verlassen). Anders ist es bei der festen Stelle, für die noch im letzten Jahr 70 % gefordert wurden. Die GPK ist erstaunt, dass jetzt eine Erhöhung um 100 % beantragt wird. Die GPK ist der Meinung, dass eine Erhöhung um 70 % genügt, vor allem weil es offenbar sogar möglich war, 10 Stellenprozente an die Abteilung Soziale Dienste auszuleihen.

Dubler, Walter, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der GPK für die Ausführungen. Wenn Sie eine Gemeinde attraktiv entwickeln wollen, dann muss dies in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt geschehen. Die Wahlen sind seit gestern vorbei, Sie haben sich alle dazu geäußert, wie Sie Wohlen entwickeln und Qualität schaffen wollen.

Letztes Jahre wurde bei der Rückweisung gesagt, wir müssten den Stellenbedarf noch einmal kritisch überprüfen. Nicole Imfeld hat die Situation sehr genau geprüft und auch eine gute Dynamik in die Abteilung gebracht. Der Gemeinderat ist erstaunt, dass gesagt wird, 70 Stellenprozente würden ausreichen. Es gibt Stellen, welche nur besetzt werden können, wenn sie als 100 % Stellen ausgeschrieben werden können. Es gibt kaufmännische Stellen, die gut mit Teilzeit-Mitarbeitenden besetzt werden können. Bei technischen Berufen ist es aber schwierig, gut qualifiziertes Personal zu finden. Ich bitte Nicole Imfeld nun, Stellung zu diesen Anträgen zu nehmen.

Imfeld, Nicole, Leiterin Abteilung Planung, Bau und Umwelt: Ich möchte noch etwas klarstellen: Wir haben im Tiefbau nicht plötzlich zusätzliche 100 % statt der 70 % beantragt. Auf Seite 3 ist ersichtlich, dass die Stelle des Leiters Fachbereich Tiefbau im Moment mit 80 % erhalten ist. Wir dachten, dass wir mit dem Kandidaten, der im August zu uns gestossen ist, einen guten Kandidaten hätten, mussten aber leider nach kurzer Zeit feststellen, dass er den Anforderungen nicht genügen konnte. In einer kleinen Fachabteilung mit zehn Mitarbeitern ist das nicht tragbar. Wir mussten die Stelle ein zweites Mal ausschreiben und haben daraufhin neun Bewerbungen erhalten. Darunter waren sieben Kandidaten ungeeignet. Wir finden keinen qualifizierten Mitarbeiter für den Bereich Tiefbau, der bereit ist lediglich mit einem Arbeitspensum von 60% zu arbeiten. Auch muss ich betonen, dass das Pensum nicht ausreichend ist.

Fraktionsmeinungen

Vogt Roland, SVP: Im August 2012 hat die Bauverwaltung eine Stellenerhöhung von 70 % beantragt, welche vom Einwohnerrat abgelehnt wurde. Unser Fraktionssprecher hat damals

gefordert, in dieser Abteilung zuerst Ordnung zu schaffen und eine Mehrheit im Einwohner- rat forderte dazu auf, mit dem vorhandenen Personal nach Möglichkeiten zu suchen. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Die Chefstelle konnte neu mit Nicole Imfeld besetzt werden. Des Weiteren wurden 10 Stellenprozente ab September 2012 vorübergehend den Sozialen Diensten abgegeben. Die Abteilung hat ihren Namen geändert und heisst neu Abteilung Planung, Bau und Umwelt und der Personalbedarf wurde neu analysiert. War es damals noch eine 70% Stelle, sind es heute zwei 100% Stellen. Eine davon mit einer zeitlichen Befristung bis Ende 2017. Die Begründung dafür lautet wie folgt: Der Planungsaufwand werde immer grösser und durch die Kündigung eines Fachbereichleiters sei Fachwissen verloren gegangen. Es wird auch angeführt, dass Grossprojekte anstehen würden, welche mehr personelle Ressourcen benötigten. Diese Begründung lässt doch sehr viele Fragen offen und wird von unserer Fraktion nicht akzeptiert. Wir stellen einmal mehr fest, dass der Gemeinderat die Forderungen aus dem Einwohnerrat nicht ernst nimmt und vermissen eine klare Linie.

Anfangs November haben wir uns im Einwohnerrat über die Revision des Bauzonenplans unterhalten. Der Gemeinderat hat unsere Partei für den Entscheid des Grossen Rates verantwortlich gemacht, dass zu wenig Einzonungen bewilligt wurden. Es wurde gesagt, dieser Entscheid würde die Gemeinde Wohlen in ihrer Weiterentwicklung zurückwerfen und diese für mindestens 15 Jahre blockieren. Wenn die Situation wirklich so dramatisch ist, wie sie vom Gemeinderat dargestellt wurde, weshalb braucht es dann mehr Personal? Wenn in der Privatwirtschaft die Wachstumsaussichten für die nächsten 15 Jahre stagnieren oder zurückgehen, werden Stellen ab- und nicht ausgebaut.

An dieser Einwohnerratssitzung wurde aber auch über die Mitarbeiter der Abteilung Planung, Bau und Umwelt gesprochen und sie wurden vom Gemeindeammann zu Recht gelobt. Wir hätten kompetentes und sehr gut ausgebildetes Personal, mit Abschlüssen in den verschiedensten Bereichen. Zwei Monate zuvor ging es im Einwohnerrat um die Projektierungskredite für die Badi/Eisbahn und um die Schulraumplanung. Rund CHF 350'000.00 hat der Einwohnerrat für Planungsarbeiten extern vergeben. Die Begründung aus dem Gemeindehaus für diese externe Vergabe war, dass diese Projekte zu komplex seien für die eigenen Mitarbeiter und die fachlichen Fähigkeiten überschreiten würden.

Wir finden es interessant, dass für die bevorstehenden Grossprojekte ein Sachbearbeiter, befristet für vier Jahre, eingestellt werden soll. Man wünscht sich eine Person mit dem Fachwissen für Grossprojekte, über welches unsere Mitarbeiter anscheinend nicht verfügen. Man möchte sie aber nach dem Projektabschluss wieder gehen lassen. Der beste Mitarbeiter so zu sagen, soll also wieder gehen! Was ist das für eine Personalpolitik? Diese Person kann nur hoffen, dass man sie auf die gleiche Art und Weise grosszügig behandelt, wie ihre Vorgänger. Als es damals um das Grossprojekt Schulhaus Bünz matt III ging, sollte auch eine befristete Einstellung stattfinden. Der Mitarbeiter blieb dann bis zu seiner Pensionierung. So viel zu den befristeten Stellen in unserer Gemeinde. Eine kleine Hoffnung besteht für diesen Mitarbeiter vielleicht noch am Rebberg. Sollte dieser jemals überbaut werden, wird vermutlich die nächste Stellenerhöhung beantragt und er kann bleiben.

Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon glaubt dem Gemeinderat in diesem Bereich kein Wort mehr. Würden in Zukunft keine Projektierungskredite mehr an externe Büros vergeben, könnte man vielleicht über eine Stellenerhöhung diskutieren. Unter den aktuellen Voraussetzungen sicher nicht. Die Abteilung hatte den Auftrag, mit dem vorhandenen Personal, Möglichkeiten für eine Verbesserung in der Abteilung zu suchen. Das Gegenteil ist eingetroffen.

Welche Verbesserungen wurden in der Abteilung eingeführt? Wir kennen keine. Ein eingereichtes Baugesuch ist heute eine komplexe Angelegenheit und bald mit einer Doktorarbeit zu vergleichen. Die Auflagen unserer Gemeinde sind in den letzten Jahren so komplex und

umfassend geworden, dass sogar die Bepflanzung in privaten Gärten reglementiert werden soll. Vielleicht sollte man sich in dieser Hinsicht einmal Gedanken machen. Damit könnten die eigenen Mitarbeiter entlastet werden und dem Kunden würde es auch noch nutzen.

Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon wird die Stellenerhöhungen ablehnen. Anträge auf eine Reduzierung der beantragten Stellenprozentage werden wir unterstützen.

Manimanakis Corinne, SP: Letztes Jahr hat der Gemeinderat eine 70 % Stelle beantragt, jetzt sind es eine feste 100% Stelle und eine befristete 100% Stelle. Wir fragen uns, ob Wohlen vorwärts kommen will. Im Rahmen der Wahlen, haben alle Parteien kund getan, was sie alles gerne hätten und machen wollten. Unsere Bauverwaltung ist sehr schlank und ich denke, es wäre schlecht für die Weiterentwicklung der Gemeinde, wenn man diesen Pensenerhöhungen nicht zustimmen würde. Es braucht eine Person, welche die Bauten überwacht. Die SP wird den Stellen zustimmen und spricht der Abteilung Planung, Bau und Umwelt ihr Vertrauen aus.

Sax Simon, GLP: Wir folgen der Argumentation der GPK und unterstützen den Antrag für eine unbefristete 70 % Stelle. Wenn man die 10 Stellenprozentage, die die SVA Zweigstelle nutzt, noch an die Abteilung Planung, Bau und Umwelt zurückgibt, verfügt man dort über 80 Stellenprozentage.

Uns ist es bewusst, dass für die anstehenden Grossprojekte, Vorarbeiten notwendig sind. Tatsache ist aber auch, dass zum heutigen Zeitpunkt noch kein Projekt reif für die Behandlung im Einwohnerrat ist und es ist auch noch kein Grossprojekt vom Stimmvolk bewilligt worden. Wir würden hier auf Vorrat eine Stelle schaffen. Aus diesem Grund und auch aus dem bereits mehrfach erwähnten Grund der finanziellen Lage, sind wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit, die befristete Stelle zu bewilligen. Im Zusammenhang mit dem Bericht und Antrag der später für die bewilligten Grossprojekte erstellt werden wird, können wir uns aber durchaus vorstellen, die Stelle dann zu bewilligen.

Meyer Meinrad, CVP: Wir stehen den beantragten Stellen positiv gegenüber. Wir bevorzugen jedoch mehrheitlich den Antrag der GPK. Wir sind der Meinung, dass die Projekte mit 70 Stellenprozentagen genügend unterstützt werden können. Die CVP ist einstimmig der Meinung, dass der befristete Stellenausbau bewilligt werden sollte. Die Wahlen bestärken uns darin. Die Analyse des Personalbedarfs zeigt eine klare Unterbesetzung, die durch die Kündigung des Fachbereichsleiters noch verstärkt wird. Wir wollen, dass Wohlen weiterkommt. Wir brauchen dazu fähige und ausreichend viele Köpfe in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt. Stimmen Sie den Anträgen zu und zeigen Sie damit Grösse, denn nur wer investiert, kann letztlich auch gewinnen.

Wüthrich Beat, Grüne: Wir sehen den Bedarf für beide Stellen als erwiesen an. Wohlen hat eine schlanke Verwaltung und wir müssen aufpassen, dass sie nicht noch schlanker wird und ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Die 10 % Abtretung an eine andere Abteilung sind erwähnt worden, in dem Sinne, dass die Bauverwaltung eigentlich zu viele Stellenprozentage habe. Wir finden es falsch, dass es argumentativ gegen die Verwaltung verwendet wird, wenn sie versucht, den Personalmangel mit internen Lösungen zu beheben, indem sie beispielsweise Personal in andere Abteilungen verschiebt um auszuhelfen.

Es kommen jetzt schon wichtige Aufgaben zu kurz. Die Kontrollen der Bauvorschriften sind teilweise eingeschränkt. Die erhöhte Bautätigkeit führt zu mehr Aufwand und ein schneller Service ist auch ein Standortvorteil. Es wird zu Grossprojekten kommen und die befristete Stelle wird deshalb bereits heute benötigt. Dass man die Lohnkosten nachher in den Investitionskredit dieser Bauvorhaben reinnimmt, verbessert die Kostenwahrheit. Wir sind geteilter Meinung, ob die feste Stelle zu 70 % oder 100 % besetzt werden soll.

Geissmann Thomas, FDP: Wir folgen dem Antrag der GPK. Folgende Überlegungen haben uns zu dieser Entscheidung bewogen. Im August letzten Jahres ist der Antrag auf Stellenerhöhung bei der Bauverwaltung zurückgewiesen worden. Wir waren damals mitschuldig an dieser Entscheidung. Wir verlangten, dass zuerst eine neue Leitung der Abteilung eingestellt werden soll und diese dann eine Analyse über den Personalbedarf erstellen soll. Es sollte erst abgeklärt werden, ob der weitere Bedarf an Personal überhaupt gegeben ist. Das ist in der Zwischenzeit geschehen und mit Nicole Imfeld haben wir eine ausgewiesene Fachfrau, welcher wir vertrauen.

Der damalige Antrag wurde nicht abgelehnt, sondern zurückgewiesen. Wer damals der Rückweisung zugestimmt hat, muss konsequenterweise der heutigen Stellenerhöhung zustimmen. Es wäre merkwürdig, wenn man jetzt Nein sagen würde. Merkwürdig finden wir aber auch, dass statt der ursprünglichen 70 nun 100 Stellenprozente beantragt werden. Das ist nicht der Sinn der Sache. Wir können uns kaum vorstellen, dass sich die Situation innerhalb eines Jahres so verändert hat, dass die zusätzliche Stellenerhöhung gerechtfertigt ist. Bei der zweiten, befristeten Stellenerhöhung für vier Jahre, sind wir uns in der Fraktion nicht ganz einig. Einerseits begrüßen wir es, dass wegen der höheren Kosten nicht alle Aufgaben extern vergeben werden, andererseits kommt man auf über 7'000 Stunden Arbeit, die jemand in diesen vier Jahren leisten würde. Das ist schwierig zu beurteilen, erscheint mir aber eine sehr hohe Zahl. Wir konnten uns in unserer Fraktion nicht einigen und werden deshalb unterschiedlich abstimmen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Gerne gebe ich Ihnen zur befristeten Stelle einige zusätzliche Informationen. Die Ausgangslage in der Bauverwaltung im öffentlichen Hochbau ist diejenige, dass sie momentan 48 Projekte betreut, darunter einige Grossprojekte. Dazu kommen noch andere Geschäfte, welche beispielsweise im Einwohnerrat eingebracht werden. Wir sollten im Hochbau mit 200 Stellenprozente sämtliche Projektleitungen machen können und zusätzlich ein Immobilienportfolio von rund CHF 220 Millionen betreuen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir benötigen schon ein Stellenpensum von 100 % für die Aufrechterhaltung des Tagesgeschäfts im Bereich Unterhalt und Werterhalt.

Es stimmt nicht, dass mit der anderen 100 % Stelle neue Projekte gemacht werden sollen, sondern es geht darum, dass man einen ganzen Stab Leute führen und koordinieren muss. Ein Beispiel gab es kürzlich im Einwohnerrat und zwar die Badi. Dieses Projekt benötigt einen ganzen Stab an Personal, welches geführt werden muss, damit das Projekt im Einwohnerrat überhaupt präsentiert werden kann. Das wird eine Person in dieser Phase zu 40 % bis 50 % dauerhaft beschäftigen. Daneben haben wir die Schulraumplanung und wir wissen um den schlechten Zustand einiger Liegenschaften. Das alles aufzugleisen und mit den richtigen Leuten durchzuführen, die Ausschreibungen richtig zu machen, und viele andere Dinge zu erledigen, das darf keinesfalls unterschätzt werden. Es steckt viel Arbeit in diesen Projekten, und die Komplexität grösserer Projekte beinhaltet auch, dass man eine grosse Zahl Leute zusammenführen und koordinieren muss, damit man überhaupt zu guten Resultaten kommt. Wenn wir in den nächsten vier Jahren vorwärts kommen wollen, ist es unumgänglich, zu diesen Stellen jetzt Ja zu sagen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich habe bis heute weder von Gemeinden noch vom Kanton gehört, dass eine befristete Stelle anschliessend nicht dauerhaft wurde. Da müssten Sie mir jetzt ein Gegenbeispiel nennen. Die Stellenaufstockung in der Bauverwaltung, die vor über zehn Jahren gemacht wurde, mit der Begründung des Neubaus des Sportzentrums Niedermatten, gibt es heute immer noch, obschon das Projekt längst beendet wurde.

Die von Gemeinderat Urs Kuhn erwähnte 50 % Stelle, welche für die Projektierung der Badi und Kunsteisbahn benötigt wird, gehört meiner Meinung nach in den Projektierungskredit hinein. Dass es diese Stelle benötigt, bestreite ich nicht. Für mich als Steuerzahler ist es unverständlich, wenn jetzt gesagt wird, es brauche mehr Stellen für dieses Projekt. Wir lau-

fen dort in eine Planungskosteneuphorie hinein. Bei der bevorstehenden Volksabstimmung besteht ein sehr hohes Risiko, dass das Projekt abgelehnt wird. Jetzt erfahren wir auch noch, dass es noch mehr Stellen in der Verwaltung braucht. Diese Kosten können Sie dann auch noch jedes Jahr dazurechnen. Die Lohngrößenordnung haben wir vorhin bereits vernommen. Das kann doch nicht sein. Ich bin der Ansicht, dass es nicht sein kann, dass ein Planungskredit aufgestockt wird mit Stellen.

Die CVP hat in ihrer Wahlkampfberchnung offensichtlich einen grossen Mangel drin, indem sie nämlich vergessen haben, die Stellen in der Projektierung zu berücksichtigen. Mit dieser Taktik konnten Sie einen Sitz im Einwohnerrat gewinnen.

Lütolf Harry, CVP: Was Jean-Pierre Gallati eben gesagt hat, kann man nicht so stehen lassen. Die CVP hat im Wahlkampf Investitionsprojekte wie die Badi, die Zentralstrasse, den Bahnhof, das Isler-Areal und einige andere gefordert und diese den Wählerinnen und Wählern unterbreitet. Wir können jetzt nicht sagen, ob unser Sitzgewinn auf diese Tatsache alleine zurückzuführen ist. Die CVP möchte, dass diese Projekte umgesetzt werden können. Damit sie realisiert werden können, müssen sie zuerst sauber aufgegleist werden. Damit das geschehen kann, muss dem Antrag, mindestens dem der GPK, heute stattgegeben werden. Sonst müssen wir die Projekte auf Eis legen. Wir wollen dem Stimmbürger nicht einfach Projekte vorschlagen, ohne die konkreten Kosten nennen zu können oder ihm sagen zu können, wie die neuen Projekte aussehen sollen. Man muss dem Stimmbürger konkrete Projekte unterbreiten.

Meier Cyrille, SP: Ich bin der gleichen Meinung wie Harry Lütolf. Es ist wichtig, dass wir eine funktionierende Verwaltung haben. Wenn wir die Verwaltung nicht aufstocken, können die anstehenden Projekte nicht ausgearbeitet werden. Die Bauverwaltung hat derzeit gar nicht die Ressourcen, um die Projekte zu bearbeiten. Es braucht einfach mehr Stellen.

Stäger Urs, SVP: Vor acht Jahren wollte man die Südumfahrung. Wir haben sie jetzt immer noch nicht. Vor einem Jahr wollte man unbedingt eine Stelle mehr in der Bauverwaltung, nun wissen wir seit einigen Tagen, dass noch eine Überkapazität von 10 % vorhanden war. Das Volk hat die Tempo 30-Vorlage abgelehnt, aber die Abteilung Planung, Bau und Umwelt hat Zeit dafür, eine schlecht gemachte Tempo 30-Vorlage umzusetzen. Ich kann dieser Vorlage nicht zustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat kann machen was er will, er macht es falsch. Wenn wir eine Stellenausleihung machen, wird es uns negativ ausgelegt. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die Verwaltung zweckmässig zu organisieren. Unsere Stellen sind weitestgehend ausgeschöpft und da hängt es davon ab, ob man noch Teilpensen hat. Wir haben kurzfristig ausgeholfen, das ist aber nicht immer möglich.

Zur Thematik Tempo 30 kann ich sagen, dass wir einen pragmatischen Weg gewählt haben. Wir haben einen kommunalen Gesamtplanverkehr. Wir können nicht mehr machen, als das, was Sie uns erlauben.

Das Erscheinungsbild der Gemeinde wird in dieser Abteilung entwickelt werden. Es stimmt mich missmutig, dass im Grossen Rat erstklassiges Gewerbeland nicht eingezont wurde, denn dies hätte der Gemeinde Millionen eingebracht. Wenn eine Ortschaft wächst und eine erhöhte Bautätigkeit erfolgt, hat das auch mehr Aktivitäten zur Folge. Die Leute geben ihr Baugesuch ab und wollen so schnell wie möglich anfangen zu bauen. Ein guter Service ist hier wichtig, das bedeutet auch, gute Dienstleistungen innert nützlicher Frist zu erbringen. Wenn man das ganze Baubewilligungsverfahren anschaut, hat die Gemeinde Wohlen in den allermeisten Fällen, die weitergezogen wurden, Recht bekommen. Dies zeigt die gute Arbeitsqualität in der Verwaltung.

Steiner Anna, SVP: Es wird immer von Weiterentwicklung gesprochen und vom Bauen. Ich habe mir vor kurzem im Internet den Leerwohnungsbestand der Gemeinde Wohlen angeschaut. Wohlen hat den grössten Leerwohnungsbestand des ganzen Kantons. Ich kann nicht verstehen, dass man hier noch bauen will. So kann das nicht weitergehen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es gehört auch dazu, verlieren zu können. Wir haben so viele gut ausgebildete Pädagogen im Saal, vielleicht kann jemand Gemeindeammann Walter Dubler erklären, dass man auch verlieren können muss.

Stäger Urs, SVP: Über 60 % der Stimmbürger waren gegen die Thematik Tempo 30. Wenn man dann, trotz der gegenteiliger Meinung, einzelnen Personen entgegenkommt, wird der Volkswille missachtet. Es gibt noch ein anderes Beispiel. In der oberen Halde werden bereits Pfofen gesetzt, ohne dass eine Bewilligung eingeholt wurde. Wenn dann Einsprachen gemacht werden, wird man die Pfofen wieder abräumen müssen. So kann man das Geld auch sinnlos ausgeben und die Leute unnötig beschäftigen.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt: Zu den Pfofen kann ich sagen, dass unsere Abteilung Planung, Bau und Umwelt über dermassen viel und überbezahltes Personal verfügt, dass wir über einen besseren Durchblick im Verwaltungsrecht verfügen, als unser hier anwesender Baujurist, deswegen dürfen wir auch keine Fehler machen. Beim Thema Tempo 30 ist ein kommunaler Gesamtplan Verkehr und ein Verkehrsrichtplan vorhanden. Dieser wird vom Gemeinderat zu erlassen und vom Kanton genehmigt. In diesem Verkehrsrichtplan ist eine Temporichtkarte enthalten und darin ist definiert, dass in den Quartierstrassen Tempo 30 umgesetzt werden soll. Wir haben als Verwaltung den Auftrag, den Verkehrsrichtplan umzusetzen. Die Ablehnung von Tempo 30 im Gebiet Farnbühl vor sechs Jahren ist Schnee von gestern.

Lütolf Harry, CVP: Vielleicht können sich die Pädagogen, die vorher von Jean-Pierre Gallati genannt wurden, nachher auch noch Urs Stäger annehmen, weil er nicht müde wird zu wiederholen, dass das Volk gegen die Tempo 30 Zone sei. Vielleicht können sie ihm erklären, dass es bei dieser Ablehnung um ein konkretes Projekt ging und man daraus nicht schliessen kann, dass Tempo 30 in Wohlen überall unerwünscht ist. Der Quartierverein Halde beispielsweise hat sich beim Gemeinderat dafür eingesetzt, dass man dort eine Tempo 30 Zone einrichten solle.

Abstimmung

Der Antrag der GPK

Bewilligung von zusätzlichen 70 Stellenprozent bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt ab 1. Januar 2014.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

1. *Bewilligung von zusätzlichen 70 Stellenprozent bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt ab 1. Januar 2014.*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates

2. *Bewilligung eines befristeten Stellenausbaus von 100 Stellenprozent bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt ab 1. Januar 2014 bis längstens am 31. Dezember 2017.*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt.

Lehmann Sandra, GPK: Das Geschäft Kenntnisnahme Machbarkeitsstudie „Entwicklung Bahnhof Wohlen“ und Kostenbeteiligung Gemeinde Wohlen an Vorinvestitionen für eine zweite Personenunterführung beim Bahnhof Wohlen, wurde der GPK von Gemeindeamman Walter Dubler sowie Frau Nicole Imfeld, Leiterin der Abteilung Planung, Bau und Umwelt, vorgestellt.

Ich werde zuerst kurz auf die Machbarkeitsstudie eingehen und als zweites auf die Vorinvestition für eine zweite Personenunterführung.

Der Handlungsbedarf beim Bahnhof ist gross:

- Die Übersichtlichkeit und Orientierung der Bahnhofsanlage sowie der Vorbereiche entsprechen nicht den heutigen Bedürfnissen. Es besteht ein grosses Konfliktpotential zwischen Bus-, Fuss-, Velo- und Autoverkehr.
- Der Bushof ist zu klein, es fehlen Haltekanten für Busse in den Spitzenstunden, es muss improvisiert werden, die Übersichtlichkeit ist schlecht und es gibt keine gedeckten Wartemöglichkeiten.
- Die Haltestelle der BDWM ist für den Betrieb, betreffend Perronhöhe und –breite, mangelhaft und sanierungsbedürftig. Eine optimierte Einführung der BDWM in den Bahnhof Wohlen hat gemäss Agglomerationsprogramm Aargau Ost Priorität A.
- Die Unterführungen sind unübersichtlich, unattraktiv und gefährlich.

Im November 2011 hat der Einwohnerrat deshalb dem Kredit für die Machbarkeitsstudie „Entwicklung Bahnhof Wohlen“ zugestimmt. Diese liegt nun vor. Es wurden fünf Grundkonzeptionen erarbeitet, wobei diese in zwei Gruppen A und B gegliedert wurden. Bei Gruppe A liegt der Bushof westlich, bei Gruppe B östlich des Stationsgebäudes.

Die Abbildung auf Seite 24 der Machbarkeitsstudie zeigt die Auswirkungen der verschiedenen Konzeptionen auf Güterschuppen, Freiverlad, Einführung BDWM sowie zusätzliche Baufelder östlich und westlich des Stationsgebäudes. Frau Imfeld hat die GPK darüber informiert, dass der Freiverlad gemäss Bundesauftrag für die nächsten fünf Jahre bestehen bleiben muss und dass die Denkmalpflege der SBB den Güterschuppen als erhaltenswert betrachtet.

Variante A enthält im Vergleich zu Variante B mehr Freiheitsgrade und die Umsetzung kann in Etappen erfolgen. Auch die Abbildung auf Seite 31 zeigt, dass verkehrstechnisch die positiven Aspekte bei Variante A überwiegen, da Verkehrswege entflechtet werden können. Die Variante A bedingt jedoch, dass eine zweite Personenunterführung gebaut werden muss, um das Mittelperron mit dem Bushof zu verbinden. Bei Konzeption B überwiegt zwar die einfache Orientierung, da Sichtbeziehungen zwischen Bushof, BDWM und SBB vorhanden sind. Allerdings müsste dann der Entscheid Verlegung Freiverlad / Abbruch Güterschuppen und Neueinführung BDWM bereits zu Beginn erfolgen, da grosse gegenseitige Abhängigkeiten bestehen. Es würden auch weiterhin Konfliktpotentiale zwischen Bus-, Fuss-, Velo- und Autoverkehr bestehen.

Arbeitsgruppe, Begleitgruppe und Gemeinderat sind der Ansicht, dass Variante A weiterverfolgt werden soll. Es soll auch darauf hingewirkt werden, den Freiverlad aufzuheben und den Güterschuppen der SBB abzubauen, so dass Variante A3 realisiert werden kann. Gemäss Zeitplan auf Seite 39, sollen die Realisierung des Bushofs West und der Neubau der Personenunterführung West, zusammen mit den Infrastrukturanpassungen der SBB, im Jahr 2017 umgesetzt werden.

Die GPK dankt allen Beteiligten für die Erstellung des Berichtes und nimmt den Bericht „Machbarkeitsstudie Entwicklung Bahnhof Wohlen“ zur Kenntnis. Die GPK stützt den Entscheid der Begleitgruppe und des Gemeinderates, die Umsetzung von Variante A3 anzustreben.

Kostenbeteiligung Gemeinde Wohlen an der Vorinvestitionen für eine zweite Personenunterführung

Die SBB und der Kanton Aargau haben gemeinsam die Projektierungsarbeiten für die Infrastrukturausbauten Mellingen Heitersberg-Aarau und Freiamt ausgelöst.

In Wohlen sollen mehr Direktzüge nach Zürich und, mit der neuen S25, stündliche Direktverbindungen nach Brugg eingeführt werden. Dazu müssen drei Geleise verschoben und der Mittelperron verbreitert und erhöht werden. Der Mittelperron wird mit einer neuen Warthalle ausgestattet. Die Perronbeleuchtung wird ergänzt und taktile Sicherheitslinien gewährleistet, dass Sehbehinderte innerhalb des sicheren Perronbereichs geleitet werden.

Gemäss Vorprojekt betragen die Kosten für diese Infrastrukturanpassungen rund CHF 10'100'000.00. Die Gemeinde Wohlen muss sich dabei mit CHF 195'000.00 beteiligen, insbesondere darum, weil für die spätere Realisierbarkeit einer neuen Personenunterführung West, Vorinvestitionen notwendig sind. Basierend auf den Erkenntnissen der Machbarkeitsstudie ist die Erstellung einer neuen Personenunterführung West sinnvoll. Die GPK stimmt deshalb dem Antrag mit 5 Ja und einer Nein-Stimme zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke der GPK-Sprecherin für die detaillierte Vorstellung der Vorlage. Das Entscheidende ist, dass alle beteiligten Instanzen, nämlich die Arbeitsgruppe, die Begleitgruppe und der Gemeinderat, das Bauvorhaben verteidigen. Die Realisierung muss in Etappen geschehen. Ein erster Schritt ist, dass wir uns mit einem kleineren Betrag an den Perronanlagen beteiligen, die die SBB zwischen Mägenwil und Muri für rund CHF 96 Mio. plant.

Ein Bahnhof ist ein wesentliches Element einer Ortschaft. Wohlen kann mit einem schönen und gut funktionierenden Bahnhof noch attraktiver werden. Wenn die zweite Personenunterführung gebaut wird, wird es auch für die Busfahrenden angenehmer, den Bahnhof zu nutzen. Wir bitten Sie der Vorlage zuzustimmen und ein Zeichen für den Öffentlichen Verkehr zu setzen.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Armin, FDP: Der Bahnhof muss attraktiv, sicher und hell sein. Allerdings werden noch enorme Ausgaben auf uns zukommen. Ich bin der Meinung, dass wir unsere Nachbargemeinden und die Region mit einbeziehen sollten, um die Kosten etwas aufteilen zu können.

Isler Roger, CVP: Der Bahnhof Wohlen ist vor rund 30 Jahren das letzte Mal saniert worden, danach wurde praktisch nichts mehr gemacht. Die Unterführungen sind relativ eng, vor al-

lem morgens und abends, wenn viele Leute auf dem Bahnhof sind. Der Busbahnhof wurde um zwei weitere Plätze erweitert. Unterdessen wurde ein Takt-Fahrplan eingeführt. Die Wege von den Bussen zum Bahnhof sind nicht optimal. Eine zweite Unterführung wäre sehr wünschenswert. Beim Kiosk gibt es ein relativ grosses Konfliktpotential mit Autos und Bussen. Es gibt also einiges zu verbessern am Bahnhof Wohlen.

Die beteiligten Akteure haben sich zusammengesetzt und die daraus entstandene Analyse erachten wir als sehr gut geeignet, um die Situation beurteilen zu können. Die gewählte Variante macht am meisten Sinn und sie besticht durch ihre Etappierfähigkeit. Man verbaut sich nichts, wenn man diese Variante wählt. Wir können den Busbahnhof so oder so verwirklichen. Die Vorinvestitionen für die zweite Unterführung sind aus unserer Sicht notwendig. Es werden alle ihren Beitrag bezahlen müssen an die Optimierungen des Bahnhofs, und durch die Zusammenarbeit können natürlich auch die Kosten optimiert werden. Es stellt sich uns allerdings die Frage, ob alle Züge anhalten können oder ob es eine Beschränkung gibt. Es gibt durchaus gut verdienende Leute, die gerne mit dem Zug arbeiten gehen, deshalb ist es wichtig, dass der Bahnhof und die Züge gut funktionieren. Wir stimmen beiden Anträgen zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Nicole Imfeld um die Beantwortung der gestellten Frage.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt: Die Perrons sind lang genug und vollkommen ausreichend.

Meier Cyrille, SP: Wie bereits erwähnt wurde, hat der Bahnhof Wohlen Schwächen und es gibt dringenden Handlungsbedarf. Der Busbahnhof ist schlecht konzipiert und ungenügend. Die Überquerung BDWM zum Bahnhof ist morgens und abends zu voll, die einzige Unterführung genügt dem hohen Pendleraufkommen schon lange nicht mehr. Es muss etwas geschehen. Die Postauto AG und die BDWM haben grosses Interesse daran, dass der Bahnhof neu gestaltet wird. In nächster Zeit wird die Bremgarten-Dietikon-Bahn die Geleise erneuern müssen und die Perrons sind unterdessen auch schon ungenügend. Die Postauto AG hat das Problem, dass die Anschlüsse an die Züge nicht immer gewährleistet sind. Durch eine zweite Unterführung kann auch die SBB profitieren, weil die Leute so schneller vom Bus zu den Zügen gelangen.

Wir bevorzugen die Variante A. Wir haben jetzt gesehen, dass es Parteien gibt, die gewillt sind zu investieren. Aus diesem Grund genehmigen wir auch den Kostenanteil für die Vorinvestition an der Gleisanlage und für eine zweite Personenunterführung im Umfang von CHF 195'000.00.

Lehmann Sandra, GLP: Es ist gut, dass das Planungswerk nun vorliegt. So kann der Entscheid für die Vorinvestition Personenunterführung West auf eine solide Basis gestellt werden. Unsere Fraktion unterstützt, dass man in Richtung Variante A3 weiterverhandelt und bittet den Gemeinderat, die Gespräche mit der SBB weiterzuführen. Wir stimmen dem Kredit für die Vorinvestition einstimmig zu.

Brunner Edwin, SVP: Ich darf heute wieder einmal bekannt geben, dass wir einheitlicher Meinung sind. Wir haben die Vorteile gehört und ich freue mich, dass Armin Geissmann auch über die Kosten gesprochen hat. Wir stehen hinter dem Projekt, aber die Kosten müssen möglichst tief gehalten werden.

Burkard Thomas, Grüne: Wir unterstützen die geforderte Kostenbeteiligung. Es steigen viele Menschen um, die in Eile sind und durch das Gedränge müssen. Eine weitere Unterführung ist eine geniale Lösung des Problems. Die Wege zum neu geplanten Busbahnhof verkürzen sich mit einer Unterführung markant. Auch die Perronanlagen müssen auf jeden Fall verbes-

sert werden, das merken alle Zugreisenden, die zu Stosszeiten an unserem Bahnhof unterwegs sind. Die Hauptinvestitionen tätigt die SBB, das wollen wir ausnützen, unseren Teil zur Sanierung und zeitgemässen Ausstattung des Bahnhofs aber auch beitragen. Ich gebe zu bedenken, dass der Güterverkehr auf unserer Strecke, mit der Eröffnung des Gotthardbassintunnels, noch massiv zunehmen wird. Aus diesem Grund ist es uns sehr wichtig, dass unser Bahnhof noch personenfreundlicher gestaltet wird. Es wäre allerdings gut, wenn wir künftig die Pläne in einer Grösse erhalten würden, die ein normalsehender Mensch auch noch lesen kann.

Einzelvoten

Tanner Peter, SVP: Franz Wille hat vor einigen Jahren eine Pendenzenliste erstellt, was beim Bahnhof noch alles gemacht werden sollte. Ich habe mich damals aber gefragt, was dies mit den Finanzen der Gemeinde Wohlen zu tun hat. Das ganze Areal gehört der SBB und mir ist kein Bauprojekt bekannt, an welchem man sich beteiligen muss, wenn es einem nicht gehört. Die geplanten Verbesserungen sind auch ein Vorteil für die SBB und die Postauto AG. Seit gestern gibt es in Sachen Budget einen ganz klaren Volksentscheid, darum dies als Vorbemerkung. Es ist nicht unser Grund und Boden und daher sehe ich nicht ein, weshalb wir uns hier beteiligen sollen. Wir sprechen bei den Kosten für die Unterführung über eine Beteiligung an der Vorinvestition. Ich habe aber noch keine Zusicherung gehört, dass es bei den CHF 195'000.00 bleiben wird. Ich möchte hier genau protokolliert haben, wie hoch unser Beitrag sein wird. Wir müssen zurückhaltend sein. Die Kosten für die Gleisverschiebung BDWM verstehe ich. Der Gemeinderat hat das Thema „Aargauerstrasse“ aufgenommen. Das ist die Strasse, die bei der Garage Breitschmied vorbeiführt und Richtung Migros verläuft. Es ist eigentlich geplant, diese Strasse weiterzuführen, darum heisst das Strassenstück beim Denner auch Aargauerstrasse. Unter diesem Aspekt frage ich mich, was mit der Aargauerstrasse gemacht werden soll.

Steiner Annalise, SVP: Ich möchte zum Thema behindertengerecht noch etwas sagen. Ich schlage vor, dass für die gehbehinderten Menschen bei der Rampe ein Lift erstellt wird.

Lütolf Harry, CVP: Ich finde die beiden Anträge des Gemeinderates sehr gut. Beim ersten Antrag geht es eigentlich nur um die Kenntnisnahme, dennoch sind sicher noch zwei oder drei Fragen erlaubt. Ausgehend von der Seite 21 der Machbarkeitsstudie sehe ich, dass es Einschränkungen gibt, beispielsweise die Freihaltung der dritten Gleisachse und weiter hinten auf der Seite 55 sieht man dann die verworfenen Varianten. Ich sehe nirgends eine Variante, bei der die BDWM das Gleis 1 benützen könnte. Das Gleis 1 steht eigentlich immer leer, deshalb frage ich mich, weshalb das nicht möglich ist. Ich stelle fest, dass die Investitionen, welche die SBB tätigen möchte, überaus knauserig sind. Sie beschränken sich darauf, das Perron ein wenig zu verbreitern. Ich bin der Ansicht, dass die SBB hier mehr Geld investieren sollte. Die Bautätigkeit der SBB und die unserer Gemeinde sollten getaktet werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Nicole Imfeld, die Fragen von Harry Lütolf zu beantworten. Der Gemeinderat ist bemüht, die Interessen der Gemeinde möglichst gut wahrzunehmen, und wir werden nicht mehr als nötig bezahlen. Wir sind mit rund CHF 2 Mio. die viertgrösste Zahlerin an den öffentlichen Verkehr im Kanton Aargau. Für weitere Projekte wird es Verhandlungen brauchen. Der Betrag von CHF 195'000.00 ist für Vorbereitung und Planung, Die SBB wartet auf diesen Entscheid. Die Realisierung wird Kosten mit sich bringen.

Die Aargauerstrasse ist ein Thema, welches die Gemüter bereits zu einem früheren Zeitpunkt erhitzt hat. Es ist nicht vorgesehen, dass sie verbunden wird. Es geht hier um ein Grobkonzept und darum, dass alle Betroffenen einen gemeinsamen Weg gehen können. Nur so können wir vorwärts kommen. Wie es weiter geht, werden wir erst nächstes Jahr se-

hen. Es wäre schön, wenn wir nur die CHF 195'000.000 bezahlen müssten, es wird aber nicht reichen.

Zur Idee eines Lifts für Gehbehinderte muss ich sagen, dass die Erstellung eines solchen auch Kosten verursacht. Zum heutigen Zeitpunkt können wir noch nicht sagen, ob wir diese Idee umsetzen werden.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt: Es gibt das Eisenbahngesetz sowie Gesetze auf kantonaler Ebene. Diese regeln, wie der öffentliche Verkehr finanziert werden soll. Es handelt sich nicht um ein Privatgrundstück, deshalb kann die Gemeinde Wohlen nicht darüber bestimmen, wie hoch ihr Anteil an der Kostenübernahme sein wird.

Die direkte Verbindung bei der Aargauerstrasse war ein Projekt aus dem Richtplan von 1996. Es wurde abgelöst durch den kommunalen Gesamtplan Verkehr von 2011, welcher vom Kanton genehmigt wurde.

Das Gleis 1 ist ein Normalspurgleis, die BDWM ist eine Meterspurbahn. Die Frage wurde mit der SBB angeschaut, sie braucht das Gleis 1 auch in Zukunft, gerade auch im Hinblick auf den Ausbau des dritten Gleises Freiamt. Deshalb steht das Gleis 1 nicht zur Disposition für die BDWM, das haben wir bereits mehrfach diskutiert.

Wir sind bereits am Takten. Dies ist auch der Grund, weshalb wir heute mit diesem Antrag vorstellig sind. Den Rest des Projekts würden wir gerne parallel mit der SBB machen.

Tanner Peter, SVP: Ich danke Nicole Imfeld für ihre Ausführungen. Es wurde bis heute auch noch nie gesagt, dass das Projekt Aargauerstrasse völlig gestrichen wurde.

Zu den spezifischen Kosten für die Unterführung habe ich bis jetzt nichts gehört. Die Kostenbeteiligung kann laut Nicole Imfeld nicht ganz wegbedungen werden. Es geht bei weitem nicht nur um CHF 195'000.00, es kommen hohe Kosten auf uns zu. Der Gemeinderat hat betreffend Kostenhöhe keinen Anhaltspunkt geliefert, das stört mich, obwohl ich gegenüber der Renovation und Verbesserung des Bahnhofs positiv eingestellt bin. Es wäre angenehmer, wenn man den finanziellen Rahmen kennen würde.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Wir haben ein Mehrjahresprogramm Öffentlicher Verkehr auf Stufe Kanton, dazu gehört auch die S-Bahn Aargau 2016. Es gibt eine Vorlage des Grossen Rates und darin ist der Ausbau des Bahnhofs Wohlen, mit den einzelnen Kostenteilen, aufgeführt. Es geht darin auch um andere Infrastrukturprojekte im ganzen Kanton Aargau, wir sind nur ein kleiner Teil davon. Wir werden später profitieren können von schnelleren Direktzügen Zürich-Freiamt, die nachher als S42 häufiger verkehren werden. Wir können auch von der neuen S-Bahnlinie S25 profitieren, die Brugg mit Muri verbindet.

Der Gemeinderat hat mit der Bauverwaltung die Vorinvestitionen so aufgegleist, dass die Arbeiten, die jetzt durchgeführt werden, auch bezahlt werden können. Ich bitte Sie ein Zeichen nach Aarau zu senden, dass wir bereit sind, diesen Weg zu gehen.

Lütolf Harry, CVP: Es stehen fünf Gleise zur Verfügung. Ich möchte, dass genau abgeklärt wird, ob das Gleis 1 nicht doch zur Debatte steht. Man muss bei der SBB noch einmal nachfragen, ob das Gleis 1 nicht freigehalten werden kann für die BDWM. Ich bin sicher, dass das funktioniert. Dort steht in aller Regel nichts. Es wäre vom betrieblichen Ablauf her optimal, wenn die Reisenden auf Gleis 1 einsteigen könnten. Das sollte mit der SBB noch einmal verhandelt werden.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt: Betreffend der Frage von Peter Tanner nach den Folgekosten, ist die Antwort auf Seite 6 unter 4.1 beantwortet.

Harry Lütolf kann ich sagen, dass wir sein Anliegen bereits mehrfach mit der SBB diskutiert haben. Da die BDWM ziemlich weit hinten, quer über die Weichen geleitet werden müsste und dies neue und enorm teure technische Anlagen bedingen würde, erachten wir den Vorschlag von ihm als nicht sinnvoll.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Dem Gemeinderat ist die Problematik, betreffend der Nutzung des Gleis 1, bekannt. Wir wissen, dass es schön wäre, wenn man das Gleis 1 so nutzen könnte. Das Gleis 1 kann von der SBB zurzeit nicht freigegeben werden, weil die Kosten für die Gleisspreizung oder Gleisverlegung zu hoch sind. Wir müssen damit umgehen, dass wir Gleis 2 und 3, mit einem Mittelperron, nutzen müssen. In der Arbeitsgruppe werden solche Dinge immer wieder von den Fachleuten diskutiert und es wird intensiv nach den optimalen Lösungen gesucht.

Tanner Peter, SVP: Wir gehen hier eine Verpflichtung ein, deren Grössenordnung wir nicht genau einschätzen können. Wenn gesagt wird, dass Wohlen nur ein kleines Puzzleteil ist, finde ich es noch tragischer. Dann wird später noch mehr von Wohlen gefordert werden, das muss bei der heutigen Abstimmung berücksichtigt werden.

Abstimmung

1. *Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht „Machbarkeitsstudie Entwicklung Bahnhof Wohlen“ vom 12. August 2013, Kenntnis.*

Der Antrag des Gemeinderates

2. *Bewilligung eines indexierten Verpflichtungskredits von CHF 195'000.00 (Preisbasis Januar 2013, $\pm 20\%$) als Gemeindebeitrag für die Vorinvestition an eine zweite Personenunterführung beim Bahnhof Wohlen.*

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

Bericht und Antrag 12148

- Genehmigung Reglement über die Sicherung und den Unterhalt der subventionierten Meliorationswerke im Gemeindegebiet (Unterhaltsreglement)
- Aufhebung Reglement Unterhalt der von der Gemeinde übernommenen gemeinsamen Bodenverbesserungsanlage

Stäger Urs, GPK: Das vorliegende Reglement über die Sicherung und den Unterhalt der subventionierten Meliorationswerke im Gemeindegebiet ist eine der heutigen Zeit angepasste Version. Bei der Überprüfung wurde festgestellt, dass bei einigen Parzellen bisher keine Beiträge erhoben wurden, dies soll in Zukunft anders werden. Grundsätzlich entstehen der Gemeinde mit dem neuen Reglement keine Mehrkosten. Sollten sich aber in den kommenden Jahren die Unkosten erhöhen, so kann der Gemeinderat die Beiträge erhöhen. Die GPK stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig zu und empfiehlt dem Rat, dies auch zu tun.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Der vorliegende Bericht und Antrag basiert auf einem Reglement von 1972. In diesem ist ersichtlich, welche Meliorationswerke eingeschlossen wurden, zurückgehend bis 1916. Zwischenzeitlich hat sich das kantonale Landwirtschaftsgesetz geändert und Bund und Kanton wollen, dass die Meliorationswerke, die mit öffentlichen Geldern erstellt wurden, auch gepflegt und unterhalten werden.

Das neue Reglement basiert auf einem Musterreglement des Kantons, dort ist auch ersichtlich, wie wir die Angelegenheit künftig regeln wollen. Die Flurwege und das Drainagenetz sind darin enthalten. Ein wichtiger Punkt ist, dass wir nur noch das Drainagenetz mit den Grundeigentümerbeiträgen finanzieren wollen. Das Flurwegnetz soll durch die Gemeinde getragen werden, die Kosten werden aber gleich bleiben und waren bis anhin auch schon im Budget enthalten. Im Bericht und Antrag sieht man auf Seite 2 wie sich die Kosten aufgeteilt haben. Die Drainage wurde je zur Hälfte von den Grundeigentümern und der Gemeinde bezahlt. Im Jahr 2012 wurden Arenbeiträge benötigt, weil die Drainageleitungen gespült und der Spülturnus 2011 abgeschlossen wurde. Ich bitte Sie dem vorliegenden Reglement zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Lehmann Sandra, GLP: Wir sind mit der Überarbeitung des Reglements einverstanden und finden es positiv, dass bei den Flurwegen künftig eine einheitliche Unterhaltsregelung herrscht, nämlich diejenige, dass die Kosten für den Unterhalt durch die Gemeinde getragen werden. Gut unterhaltene Flurwege nutzen auch der Bevölkerung, denn sie werden zunehmend als Naherholungsgebiet und für Freizeitaktivitäten genutzt. Unsere Fraktion wird zu § 11 einen Antrag stellen.

Duschén Andrea, FDP: In der Diskussion an unserer Fraktionssitzung haben sich viele Fragen ergeben. Gerne stelle ich jetzt dem Gemeinderat diese Fragen. Auf Seite 2 im Bericht und Antrag wird unter „Ziele“ die Anpassung der Arenbeiträge aufgeführt, dies ist aber nicht geschehen. Hat es bei diesen Beiträgen seit 1972 wirklich keine Teuerung gegeben? Werden Bauern zu Lasten der Gemeinde entlastet?

Für uns fehlt auch die nötige Transparenz des Gemeindeaufwands. Die Kosten waren in den vergangenen Jahren stark unterschiedlich. Wie sehen die künftigen Kosten aus?

Da diese Fragen zur Zeit der Fraktionssitzung noch offen waren, werden wir dem Bericht und Antrag nur mehrheitlich zustimmen.

Hufschmid Hans, CVP: Wir stehen voll und ganz hinter dem Bericht und Antrag und stimmen diesem zu.

Burkard Thomas, Grüne: Im Namen der SP und der Grünen stimmen wir einstimmig zu.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich nehme Stellung zu den beiden gestellten Fragen. Die Arenbeiträge sind seit 1972 bei 60 Rappen geblieben. Dazu muss man sagen, dass bei den Flächen für die Güterregulierung Wohlen-Waltenschwil noch nie Arenbeiträge erhoben wurden. Den Grund dafür konnten wir nicht mehr nachvollziehen. Mit dem neuen Reglement werden diese Flächen nun auch einbezogen und das ergibt für die Flächen Arenbeiträge von etwa CHF 2'500.00 bis CHF 3'000.00, deshalb mussten die Arenbeiträge nicht angepasst werden. In Zukunft ist keine weitere Melioration geplant und man wird nicht mit grösseren Kosten rechnen müssen. Wenn Grundeigentümer Drainagen beantragen, müssen sie die Zubringerleitungen finanzieren. Es steht aber kein Projekt an.

Detailberatung

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich möchte wissen, was die Fussnote 1 bedeutet?

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich möchte die Frage an Peter Eberhart weitergeben.

Eberhart Peter, Abt. Planung, Bau und Umwelt: Ich weiss leider nicht, weshalb diese drin ist.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Das muss aus dem Musterreglement sein, man kann diese streichen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Fussnote muss bei der Erstellung der Vorlage, auf der Basis der Mustervorlage, hinein gerutscht sein. Da das Weglassen keinen Einfluss auf die Qualität der Vorlage hat, beantrage ich die Streichung der Fussnote.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Die Fussnote auf Seite 4, Strassen und Wege ausserhalb der Bauzonen¹ ist zu streichen

wird einstimmig angenommen.

Lehmann Sandra, GLP: Wir Grünliberale stellen folgenden Antrag zu § 11 Strassen und Wege ausserhalb der Bauzonen:

Öffentliche Strassen und Wege müssen mit beidseitigem Bankett von je mindestens 50 cm gesichert werden, welche dem Schutz des Wegkoffers dienen. Dieses Bankett sowie ein zusätzlicher Wiesenstreifen von je 50 cm als Pufferstreifen und Schutzfunktion für das Wegbankett müssen bewachsen sein und gemäht werden. Diese Zone darf nur extensiv genutzt und auf keinen Fall umgepflügt werden.

Unsere Begründung für diesen Antrag ist, dass die Flurwege ein Netz durch die intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen rund um Wohlen bilden. Sie stellen für Pflanzen und Tiere

(Wildblumen, Insekten, Eidechsen) wichtige Verbindungskorridore dar. Sie dienen aber auch den Einwohnerinnen und Einwohnern von Wohlen als Naherholungswege und können durch extensive Nutzung des schmalen Wiesenstreifens sehr viel zur landschaftlichen und ökologischen Vielfalt beitragen. Ich bitte Sie unseren Antrag zu unterstützen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Diese Ergänzung klingt verlockend, ich möchte Sie aber bitten, den Zusatzantrag abzulehnen. Als Bauer kann ich Ihnen sagen, dass die extensiv genutzte Wiese eigentlich drei Meter breit sein müsste. Dazu kommt, dass eine extensiv genutzte Wiese nicht befahren werden dürfte. Dieser Wiesenstreifen wird gemäht oder gemulcht, meistens durch die Bauern. Der Grund dafür ist, dass er oft auch als Hundeversäuberungsplatz genutzt wird. Man kann das Gras deshalb nicht als Futter verwenden, es muss weggebracht werden. Ich bitte Sie dem Zusatzantrag nicht zuzustimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich unterstütze die Aussage von Gemeinderat Ruedi Donat. Er ist Praktiker und weiss, um was es geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gemeinde hier Vorschriften machen will. Es werden bereits die Vorschriften des Kantons eingehalten, auch mit Bezug auf die Subventionen, praktisch jährlich wird kontrolliert. Jetzt kommt die Gemeinde und verlangt etwas, was in der praktischen Umsetzung zusätzliche Erschwernisse bringt und kontrolliert werden muss. Dann werden wir in einem Jahr die nächste Stellenpensenerhöhung für die Abteilung Planung, Bau und Umwelt erhalten, dafür, dass dann noch jemand kontrolliert, ob wir die Säume extensiv und nicht intensiv bewirtschaften. Das kann es doch nicht sein, das ist ja ein Irrsinn. Die Bauern befinden sich jetzt schon in einem Dickicht von Vorschriften und Kontrollen, gerade in diesem Punkt, und ökologisch bringt der Vorschlag der GLP wenig bis nichts. Es wäre besser, gemeindeeigenes Land zu nehmen und vorzuschreiben, welche Flächen insgesamt nur extensiv bewirtschaftet werden dürfen, ganze Flächen, nicht nur die Säume. Schliessen Sie sich dem Antrag des Reglements an und lehnen Sie den Antrag der GLP ab.

Burkard Thomas, Grüne: Ich empfehle die Annahme des Antrages der GLP. Ich empfehle aber auch noch, dass man den Begriff Pufferzone streicht. Der Begriff ist klar definiert im ökologischen Ausgleich, eine Pufferzone muss mindestens drei Meter betragen. Es geht hier nicht um eine Extensivwiese, sondern um einen Wiesenstreifen auf dem natürlich gebliebenen Weg. Diese Wege werden von der Landwirtschaft, von Naherholungssuchenden und von Hundehaltern genutzt. Die Wege dürfen nicht asphaltiert werden, sondern müssen im natürlichen Zustand erhalten bleiben. Dort gehören die Streifen in der Mitte erhalten und je links und rechts des Weges eine Zone von 50 cm. Natürlich kann man sich über den Nutzen dieser Vorschrift streiten, sie ist aber im Musterreglement des Kantons enthalten. Ich möchte gerne Peter Eberhart bitten, dies zu bestätigen.

Eberhart Peter, Abt. Planung, Bau und Umwelt: Der Pufferstreifen dient eigentlich der Stützung und Stabilisierung des Weges und darf nicht gedüngt oder gespritzt werden. Es ist per se eine extensive Nutzung, man muss aber aufpassen, dass man das Mulchen nicht verbietet, da die Wege als Hundeklo genutzt werden. Für die Kontrolle dieser Vorschrift werden wir keinen zusätzlichen Angestellten benötigen.

Lehmann Sandra, GLP: Die extensive Nutzung bedeutet links und rechts je ein Meter plus den Weg, der nicht gedüngt wird. Das ist ein riesiges Netz an Wegen, die die Landschaft mit dem Siedlungsraum verbinden. Es wäre wirklich toll, wenn die Landwirte den Unterhalt der Wege auch so auslegen würden. Wie man das schlussendlich erreicht, sei es mit Gesprächen oder mit einer Landwirtschaftskommission, oder durch den Zusatz, den wir gerne anfügen möchten, das ist eigentlich unwichtig. Es ist auch die Meinung des Kantons, dass die Wege extensiv statt intensiv genutzt werden sollen. Ich bin der Meinung, dass wir uns nichts verbauen, wenn wir das aufnehmen. Deshalb möchte ich den Antrag auch so stehen lassen. Ich habe bereits einleitend gesagt, dass ich den Pufferstreifen nicht in den Antrag nehme, sondern nur die extensive Nutzung. Der Antrag lautet somit wie folgt:

Öffentliche Strassen und Wege müssen mit beidseitigem Bankett von je mindestens 50 cm gesichert werden, welche dem Schutz des Wegkoffers dienen. Dieses Bankett sowie ein zusätzlicher Wiesenstreifen von je 50 cm als Schutzfunktion für das Wegbankett müssen bewachsen sein und gemäht werden. Diese Zone darf nur extensiv genutzt und auf keinen Fall umgepflügt werden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Sie können doch nicht einen Berufsstand, von welchem es nur noch wenige gibt, dermassen schikanieren, für etwas, wo der Nutzen praktisch null ist. Dass im Musterreglement stehe, man müsse dort extensiv nutzen, ist schlicht und ergreifend falsch. Da muss man einfach das Kantonsreglement lesen, da hat Peter Eberhard recht. Es ist nur der Einsatz von Herbiziden verboten. Die vorhin gemachten Aussagen stimmen nicht. Eine Gemeinde sollte keine vom Bund oder Kanton gemachten Vorschriften ändern. Wenn man diese Nutzung machen will, sollte man schauen, welche anderen Gemeinden dies bereits tun, ob es funktioniert und wie viel Aufwand es bedeutet. Jetzt einfach einen Antrag zu bringen, von welchem wir im Voraus wissen, dass es Probleme geben wird mit übergeordnetem Recht, mit dem Vollzug und mit der Bewirtschaftung, das erachte ich als nutzlose Schikane für die Landwirte.

Abstimmung

Der Antrag der GLP

Öffentliche Strassen und Wege müssen mit beidseitigem Bankett von je mindestens 50 cm gesichert werden, welche dem Schutz des Wegkoffers dienen. Dieses Bankett sowie ein zusätzlicher Wiesenstreifen von je 50 cm als Pufferstreifen und Schutzfunktion für das Wegbankett müssen bewachsen sein und gemäht werden. Diese Zone darf nur extensiv genutzt und auf keinen Fall umgepflügt werden.

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

1. *Das Reglement über die Sicherung und den Unterhalt der subventionierten Meliorationswerke im Gemeindegebiet (Unterhaltsreglement) sei zu genehmigen und per 1. Januar 2014 in Kraft zu setzen.*

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates

2. *Das Reglement Unterhalt der von der Gemeinde übernommenen gemeinsamen Bodenverbesserungsanlage vom 19. Juni 1972 sei per 31. Dezember 2013 aufzuheben.*

wird einstimmig angenommen.

Lanz Christan, FIKO: Was in der Kreditabrechnung auffällt, ist die Kreditüberschreitung um CHF 20'342.10, respektive 3,25 %. Wenn wir den Revisionsbericht anschauen und den Kommentar der Revisoren, dann wurde klar festgestellt, dass sämtliche Originalbelege vorhanden und visiert sind, allfällige Skontiazüge wurden berücksichtigt. Es konnten keine Subventionsbeträge geltend gemacht werden, sämtliche Ausgaben und Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag. Die vorliegende Abrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein. Die Vollständigkeitserklärung der Verwaltung liegt bei. Wenn Sie den Bericht und Antrag zur Kreditabrechnung Ausbau Knoten Halde-Bremgarterstrasse Punkt 6 anschauen, dann können Sie feststellen, weshalb es zur Kreditüberschreitung gekommen ist. Im Gässli war der Belag nur 5 cm bis 6 cm dick und wurde nun erneuert. Dies war natürlich eine sinnvolle Arbeit, ich verstehe aber nicht, wieso sie nicht im Bericht und Antrag enthalten ist. Deshalb bitte ich den Gemeinderat und die Mitarbeiter der Bauverwaltung, solche Geschäfte in Zukunft sauber abzuklären, damit kein bestimmtes Geld und Aufwand gespart werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich Sie, der Kreditabrechnung zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Hoffmann Thomas, CVP: Aus Zeitgründen äussere ich mich zu allen fünf Kreditabrechnungen auf einmal. Wir haben diese in unserer Fraktion besprochen und für korrekt befunden. Von den Empfehlungen der Finanzkommission haben wir Kenntnis genommen. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates und den Empfehlungen der Finanzkommission folgen und die fünf vorliegenden Kreditabrechnungen genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Genehmigung der Kreditabrechnung: Ausbau Knoten Halde-Bremgarterstrasse K127.

wird einstimmig angenommen.

**Bericht und Antrag 12135 Genehmigung Kreditabrechnung
Gemeindeanteil für die Umgestaltung des Knotens Angliker-
/Nutzenbachstrasse K266/K265 (Kreisel Anglikon), Verlegung Bergbach,
Hochwasserentlastung Anglikon**

Lanz Christian, FIKO: Ich erwähne gerne die erfreuliche Unterschreitung des Kredits um CHF 80'768.35 oder 3,8 %. Wenn wir den Bericht und Antrag anschauen ist es wie vorhin, sämtliche Originalbelege sind vorhanden und visiert, allfällige Skonti wurden abgezogen. Es bestehen auch hier keine Subventionsansprüche, sämtliche Ausgaben und erbrachten Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag. Die vorliegende Bauabrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein und die Vollständigkeitserklärung der Verwaltung liegt bei. Wenn man sich den Bericht und Antrag anschaut, sieht man weshalb es zu einer Unterschreitung des Kredits gekommen ist. Im Einwohnerratsbeschluss vom 21. Januar 2008 steht, dass es keinen Kreiselschmuck geben solle, hätte man keinen angebracht, hätte dies eine noch grössere Unterschreitung des Kredits zur Folge gehabt. Da wir mit der FIKO keine abschliessende Sitzung hatten und im Bericht und Antrag steht, dass die FIKO die Genehmigung der Kreditabrechnung empfehle, muss ich leider sagen, dass wir die Abrechnung mehrheitlich unterstützen.

Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Der Kreiselschmuck in Anglikon zeigt ganz klar auf, wie Steuergelder auf unnötige Art und Weise ausgegeben werden. Der Gemeinderat hat widerrechtlich CHF 74'500.00 für den Kreiselschmuck ausgegeben. Die SVP hat deshalb eine Aufsichtsanzeige an das DVI gerichtet und sinngemäss auch Recht erhalten. Es ist müssig, noch einmal langatmig auf diese leidige Angelegenheit einzugehen, aber wir fordern den Gemeinderat auf, den Bericht und Antrag zurückzuziehen und den Kreiselschmuck abzubauen oder ihn mit anderen finanziellen Mitteln zu bezahlen, zum Beispiel mit Sponsoren- oder Spendengeldern. Der Gemeinderat kann uns dann einen neuen Bericht und Antrag vorlegen. Der heute vorliegenden Kreditabrechnung wird die SVP keinesfalls zustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe die Dokumentation nicht mitgebracht, aber es gibt eine dicke Mappe zu diesem Thema. Aus der Erinnerung kann ich Ihnen sagen, der Beschwerde der SVP wurde nicht stattgegeben. Die Idee des Rückbaus finde ich lächerlich. Wir haben die Angelegenheit des Kreiselschmucks abgehandelt und danach wurde in Wohlen auch kein Kreisel mehr geschmückt, sondern die Natur regiert. Hiervon können Sie sich beim Kreisel im Farn überzeugen. Es wäre schön, wenn wir die Sache jetzt auf sich beruhen lassen könnten. Die SVP sollte darüber nachdenken, dass sie mit solchen Aktionen nur die Leute in Aarau und auch uns beschäftigt. Das sage ich im Hinblick darauf, dass auch gefordert wird, mit den personellen Ressourcen sparsam umzugehen.

Geissmann Armin, FDP: Ich habe noch eine Frage betreffend, dem teilweise geöffneten Bergbach. Warum wurde dieser nicht bis ganz zur Bünz hin geöffnet?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auf diese Frage, kann ich leider nicht antworten, ich muss es abklären und werde darauf zurückkommen.

Einzelvoten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Der Gemeindeammann hat vorhin versucht, die Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen. Der Aufsichtsbeschwerde wurde im Resultat keine Folge geleistet,

wenn man die ausführliche Begründung liest, ist auch klar weshalb. Das DVI hat gesagt, die Formulierung sei nicht völlig klar gewesen, es heisst ja im Bericht und Antrag:

„Auf einen Kreiselschmuck wird verzichtet“ und dann *„Die Gestaltung soll unterhaltsarm sein“*.

Das heisst dann wiederum, dass nicht einfach nichts da ist und dann muss man beurteilen, was „unterhaltsarm“ bedeutet. In diesem Zusammenhang hat das DVI gesagt, weil es eben noch nicht abgerechnet sei, werde der Aufsichtsbeschwerde keine Folge geleistet. Das ist genau so eine Vorlage, weshalb ich dem Gemeinderat kein Wort mehr glaube. Wir haben im Glauben daran zugestimmt, dass kein Kreiselschmuck angebracht wird. Und dann geht der Gemeinderat und gibt CHF 74'500.00 aus. Das ist ein Anlügen und das ist zumindest für die SVP gar keine vertrauensbildende Massnahme und für den Steuerzahler wahrscheinlich auch nicht.

Was ich noch schlimmer finde, ist die Leistung der Finanzkommission. Der Vizepräsident Christian Lanz ist offen dazu gestanden, dass die FIKO das gar nicht angeschaut hat, mit Ausnahme der namentlich erwähnten Delegation. Diese hat festgestellt, dass das Projekt im Sinne des beschlossenen Verpflichtungskredites realisiert ist. Die Aussage ist aber falsch, weil der Kreiselschmuck nicht beschlossen war. Armin Geissmann hat es gesagt, ein Element, das in der Vorlage war, wurde gar nicht realisiert. Das ist genau das Gegenteil dessen, was eine Finanzkommission bei einer Überprüfung tun müsste. Die Aufgabe ist nicht erfüllt damit, dass man die Zahlen zusammenzählt und schaut, ob der Kredit über- oder unterschritten ist.

Wenn wir als Parlament und unsere Kommission nicht in der Lage sind, so etwas zu erkennen und als Mangel zu beschreiben, dann sehe ich schwarz. Wir könnten ja dann trotzdem immer noch zustimmen, im Wissen darüber, ob und wie alles realisiert wurde, wie es im Verpflichtungskredit ausgeführt und genehmigt wurde.

Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel. Der Gemeinderat gibt CHF 10'000.00 in die Philippinen. Dies ist möglicherweise die nächste Aufsichtsanzeige. Kein Mensch weiss, worauf sich dieser Entscheid stützt, auf welchem Verpflichtungskredit diese Entscheidung basiert. Der Gemeinderat verhält sich so, als würde er im Geld schwimmen. Das Geld des Steuerzahlers wird aus dem Fenster geworfen und das ist schlicht und ergreifend verantwortungslos. Deshalb muss und will die SVP bei solchen Kreditfehleistungen und Abrechnungen Nein sagen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich weise den Vorwurf der Lüge ganz klar zurück. Was die Gestaltung des Kreisels betrifft, wurde seinerzeit eine vage Aussage gemacht. Plötzlich gab es dann eine Gestaltungsidee. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es nie unser Ziel war, gegen die Meinung des Parlaments zu verstossen. Ich muss einfach sagen, dass wir auch nur politisch handeln. Ich bin absolut der Meinung und ich war auch kein pflegeleichter Einwohnerrat, dass man nie bewusst gegen einen Entscheid des Parlaments verstossen soll. Das haben wir auch nie getan.

Man muss bei Beschwerden die Verhältnismässigkeit im Auge behalten, werden doch dadurch immer Leute beschäftigt, die auch nicht gratis arbeiten. Wenn man jetzt das Beispiel der Spende in die Philippinen vorbringt, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir schon verschiedentlich gespendet haben bei den Unglücken in Thailand oder Haiti. Das gab bis anhin auch noch nie Anlass zu Diskussionen.

Wer die Rolle des Zuchtmeisters spielen will, soll am besten für den Gemeinderat kandidieren, uns ist Vertrauen geschenkt worden. Man kann immer unterschiedlicher Meinung sein, aber bei einer Spende von CHF 10'000.00 und in Anbetracht der Schicksale dieser Menschen, scheint mir diese Diskussion nicht sinnvoll. Die Gemeinde Wohlen hat politisch schon ganz andere Ausgaben gesehen. In diesem Fall würde ich die SVP bitten, ihre Kraft für eine

Spende und nicht für eine Aufsichtsbeschwerde einzusetzen. Wenn man von der Sauberkeit und der Effizienz spricht, dann ist hier eine Aufsichtsbeschwerde nicht effizient.

Tanner Peter, SVP: Die SVP hat keine Arbeit verursacht, weder in Aarau noch in Wohlen. Die Entscheidung gegen einen Kreiselschmuck ist keine Auslegungssache. Es wurde ganz klar festgehalten, dass auf einen solchen verzichtet werden soll. Das Wort „kein“ ist klar und eindeutig. Das war der Grund für unsere Aufsichtsbeschwerde. Man könnte es auch so auslegen, dass man sagt, man hätte keine Mehrkosten verursacht, da ja an anderer Stelle CHF 80'000.00 eingespart worden sei.

Es würde mich aber trotzdem interessieren, weshalb man den Bach nicht bis hinunter zur Bünz geöffnet hat. Das interessiert mich auch als Mitglieder der Natur- und Umweltschutzkommission.

Dass man sich über die zwei Vorschläge von Edwin Brunner lustig macht, finde ich typisch für den Gemeindeammann. Er hat aber auch schon gesagt, was er für tolle Beziehungen hätte, die Refinanzierung wäre durch diese vielleicht möglich und kein Anlass zu Witzen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Genehmigung der Kreditabrechnung:

Gemeindeanteil für die Umgestaltung des Knotens Angliker-/Nutzenbachstrasse K266/K265 (Kreisel Anglikon), Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Anglikon.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Bericht und Antrag 12136 Genehmigung Kreditabrechnung**TOOL BOX, Partnerschaftsprojekt der Gemeinden Wohlen – Villmergen –
Dottikon – Dintikon**

Lanz Christian, FIKO: Auch diese Kreditabrechnung wurde von den Revisoren geprüft. Es gibt nicht viel dazu zu sagen. Das Erfreuliche ist auch hier, dass der Kredit um CHF 1'155.00 oder 1,8 % unterschritten wurde. Die Revisoren haben bestätigt, dass sämtliche Originalbelege vorhanden und visiert sind, allfällige Skontiabzüge berücksichtigt wurden, Subventionsansprüche gibt es keine. Sämtliche Ausgaben und erbrachte Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag und die Kreditabrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein. Die Vollständigkeitserklärung der Verwaltung liegt bei. Die FIKO empfiehlt Ihnen die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Genehmigung der Kreditabrechnung: TOOL BOX, Partnerschaftsprojekt der Gemeinden Wohlen – Villmergen – Dottikon – Dintikon

wird mit 30 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen angenommen.

Bericht und Antrag 12138 Genehmigung Kreditabrechnung

1. HPS Wohlen: Planungskredit Erweiterung bis und mit Bauprojekt und Kostenvoranschlag
 2. HPS Wohlen: Baukredit für Erweiterung und Umbau
-

Lanz Christian, FIKO: Diese Kreditabrechnung haben Franz Brunner und ich geprüft. Es geht um zwei Geschäfte: Den HPS Wohlen Planungskredit über CHF 450'000.00 und den Baukredit über CHF 11'300'000.00. Es gab eine Kreditunterschreitung um CHF 626'294.35. Wir haben festgestellt, dass 2008 Kantonsbeiträge von CHF 240'000.00 ausgerichtet wurden, 2010 waren es CHF 1'100'000.00 und 2011 CHF 3'029'778.00. Sämtliche Belege sind vorhanden und visiert, allfällige Skonti und Rabatte wurden berücksichtigt und in Abzug gebracht. Dazu gibt es eine erfreuliche Anmerkung: Viele an diesem Bau beteiligte Handwerker haben Rabatte und Skonti gewährt. Es gibt noch einen ausstehenden Kantonsbeitrag über CHF 88'840.00, dieser wird rückvergütet werden, wenn die Holzschmelzeheizung des Junkholzes ebenfalls geprüft und abgerechnet sein wird. In der nächsten Sitzung wird diese Abrechnung sicher traktandiert werden. Dann sollten die CHF 88'840.00 an uns zurückbezahlt werden, die FIKO wird das überprüfen. Sämtliche Ausgaben und erbrachten Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag 10025 vom 4. Dezember 2006 und dem Bericht und Antrag 11065 vom 20. August 2007, soweit wir das in der FIKO prüfen konnten. Die vorliegende Kreditabrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein, die Vollständigkeitserklärung der Verwaltung liegt bei. Die Kreditunterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass die Teuerung von CHF 370'000.00 nicht und im Baukredit vorgesehene Reservenbeiträge nur teilweise beansprucht wurden. Somit empfehlen wir auch diese Kreditabrechnung zur Genehmigung.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

1. *Genehmigung der Kreditabrechnung: HPS Wohlen: Planungskredit Erweiterung bis und mit Bauprojekt und Kostenvoranschlag*

wird einstimmig angenommen.

2. *Genehmigung der Kreditabrechnung: HPS Wohlen: Baukredit für Erweiterung und Umbau*

wird einstimmig angenommen.

**Bericht und Antrag 12139 Genehmigung Kreditabrechnung
Sanierung Kanalisationsleitung Dammweg**

Breitschmied, Tobias, FIKO: Der Kredit wurde um 44,6 % unterschritten. Den Grund kann man dem geologischen Gutachten entnehmen. Es zeigt auf, dass der Untergrund besser war als zuvor angenommen, das hat zu Einsparungen geführt. Die FIKO empfiehlt dem Einwohnerrat, diese Kreditabrechnung zu genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Genehmigung der Kreditabrechnung: Sanierung Kanalisationsleitung Dammweg

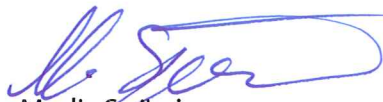
wird einstimmig angenommen.

Spörri Marlis, Präsidentin:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke für die Zusammenarbeit. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 16. Dezember 2013, um 18.00 Uhr, statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Marlis Spörri
Präsidentin



Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.